



VERWALTUNGSZEITUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Organ des Verbands
der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.
Panoramastraße 27, 70174 Stuttgart

E 4207 F

Nummer 2

Mai 2005

33. Jahrgang



Der Landkreis Freudenstadt: unbegrenzte Möglichkeiten in intakter Natur



Das Vorurteil der Beamtenprivilegien - "Die sieben Wahrheiten"

ifo-Standpunkt Nr. 56

Sieben Wahrheiten über Beamte

München, 11. Oktober 2004

Ist Deutschland krank, weil es sich Heerscharen von unkündbaren Staatsdienern leistet, die wenig arbeiten, die Bürger anmuffeln und ihre Pfründe einstreichen? Nein, die Tatsachen sehen bei näherem Hinsehen doch wohl etwas anders aus als dieses Klischee.

1. Deutschland hat mit nur 12,5 % an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer extrem wenige Staatsdiener. In Dänemark und Schweden arbeitet ein Drittel der Arbeitnehmer beim Staat, in Großbritannien tun es 22 %, und selbst in den USA zählt man 16 %. Unter den entwickelten OECD-Ländern liegen wir, was den Anteil der Staatsdiener betrifft, auf einem der letzten Plätze, vergleichbar mit Luxemburg und Japan. Dennoch arbeiten deutsche Behörden im internationalen Vergleich vorbildlich. Die Effizienz der deutschen Staatsdiener hält jedem internationalen Vergleich stand.
2. Nur etwa ein Drittel der Staatsdiener sind Beamte und Richter, die den vollen Kündigungsschutz genießen. Zwei Drittel sind Angestellte bzw. Arbeiter, die dem normalen Tarifrecht unterworfen sind. Der Kündigungsschutz vieler privat beschäftigter Arbeitnehmer ist heute fast so hoch wie jener der Beamten. Wer 15 Jahre beschäftigt war, ist kaum noch kündbar. Auch Beamter wird man nicht

von heute auf morgen, sondern nach sehr langen Wartezeiten.

3. Beamte können nicht streiken und sind dem Staat gegenüber per Eid zur Treue verpflichtet. Sie können jederzeit an einen anderen Ort versetzt werden, wo sie gebraucht werden. Sie stellen eine immer verfügbare, verlässliche Basis des Staatswesens dar, die auch in schwierigsten Zeiten Stabilität garantiert. Richter und Polizisten sind zum Beispiel Beamte, weil sie unabhängig und unbestechlich sein müssen. Und früher waren es auch die Lokführer, Schrankenwärter oder Fluglotsen, weil man sicherstellen wollte, dass der Verkehr nicht durch Streiks lahm gelegt werden kann.
4. Staatsdiener arbeiten mehr. Die tarifliche Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst liegt mit durchschnittlich 1708 Stunden pro Jahr um 3,5 % über dem Durchschnitt der in der Privatwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer, wo 1649 Stunden pro Jahr gearbeitet werden. Beamte arbeiten sogar bis zu 12 % länger als die Beschäftigten in der privaten Wirtschaft.
5. Die Bruttolöhne und -gehälter der Staatsbediensteten lagen Mitte 2003 trotz der längeren Arbeitszeiten im Durchschnitt um 5,5 % unter den entsprechenden Werten der privaten Wirtschaft, obwohl Staatsbedienstete im Durchschnitt über eine höhere Qualifikation als privat beschäftigte Arbeitnehmer verfügen müssen.

6. Dass Beamte begünstigt sind, weil sie keine Sozialabgaben zahlen, ist ein Märchen. Da der Staat seit jeher mit der Privatwirtschaft konkurrieren musste, sind bei gleichen Qualifikationsstufen die Netto-, und nicht etwa die Bruttogehälter der Beamten mit den Gehältern der Privatwirtschaft vergleichbar. Was andere an Sozialabgaben zahlen, wird den Beamten von vornherein nicht als Gehalt zugebilligt.
7. Die Beamtengehälter stiegen zumindest im gehobenen Dienst viel langsamer als die Gehälter in der Privatwirtschaft. In den 30 Jahren von 1970 bis 2000 stiegen die Bruttomonatsverdienste der hoch qualifizierten Angestellten im privaten Sektor um durchschnittlich 330 %, doch die Gehälter der Beamten des gehobenen Dienstes stiegen durchschnittlich nur um 190 %. Der Stundenlohn eines Industriearbeiters stieg in der gleichen Zeit um 350 %, und der Sozialhilfesatz nahm um 450 % zu.

Fazit: Die Beamten sind viel billiger und fleißiger als ihr Ruf. Seien wir froh, dass wir sie haben.

Hans-Werner Sinn, Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, Präsident des ifo-Instituts

erschieden unter dem Titel "Die Wahrheit über deutsche Beamte", Bild, 6. Oktober 2004, S. 2

"Teure Beamte": Beamte und Angestellte - ein aktueller Vergleich aus dem StaMi München (7.9.04)

1. Vergleich der Personalausgaben bei der Beschäftigung von Beamten und Angestellten im Jahr 1995. Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigung von Beamten für den Freistaat Bayern in allen Tätigkeitsfeldern wirtschaftlicher ist als die Beschäftigung von Angestellten, und zwar bei einem Bezüge-Sachbearbeiter um 9,7, einer Lehrerin an Volksschulen um 1,2, einem Lehrer an Volksschulen um 5,2 % und einem technischen Angestellten um 8,8 %.
2. Notwendigkeit der Neuauflage des Kostenvergleichs: Die zwischenzeitlichen Änderungen im Tarif- und Beamtenbereich sowie die demographische Entwicklung machen eine Aktualisierung des Kostenvergleichs notwendig. Die Neuauflage des Kostenvergleichs wurde zur Abrundung nach oben um ein Tätigkeitsfeld des höheren Dienstes ergänzt, hier um das Berufsbild eines leitenden akademischen Direktors an der Technischen Universität.
3. Ergebnis des neuen Kostenvergleichs: Der neue Kostenvergleich bestätigt im Wesentlichen das Ergebnis von 1995 und zeigt, dass speziell die in der Beamtenversorgung bereits ergriffenen Reformmaßnahmen die Zielvorgabe erfüllen. Die Erhebung von Versorgungsabschlägen bei vorzeitigen Ruhestandsversetzungen, die Absenkung

des Besoldungs- und Versorgungsniveaus über die Verminderung der Bezügeanpassungen gegenüber dem Tarifbereich um insgesamt 2 % sowie die Absenkung des Versorgungsniveaus in den Jahren 2003 bis 2010 um weitere insgesamt 4,33 % wirken sich im Kostenvergleich deutlich aus.

Die Beschäftigung von Bediensteten im Beamtenverhältnis ist deshalb für den Freistaat Bayern nach wie vor wirtschaftlicher als die Beschäftigung im Angestelltenverhältnis, und zwar bei einem Bezüge-Sachbearbeiter um 4,7 %, einer Lehrerin an Volksschulen um 2,8 %, einem Lehrer an Volksschulen um 6,3 %, einem technischen Angestellten um 15,7 % und einem leitenden akademischen Direktor um 11,5 %.

Die gegenüber dem Kostenvergleich des Jahres 1995 abweichenden Ergebnisse beruhen im Wesentlichen auf dem geänderten Eintrittsverhalten der Beamten in den Ruhestand und den vorgenannten Reformmaßnahmen.

4. Zusammenfassung der Gründe für die Mehraufwendungen bei der Beschäftigung von Angestellten: Maßgebend für die Mehraufwendungen beim Einsatz von Angestellten sind insbesondere folgende Gründe: Für die Alterssicherung der Angestellten muss der Staat während der aktiven Zeit

Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Umlage- und die Sanierungspauschale zur Zusatzversorgung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes aufbringen. Bis zum Eintritt des Versicherungsfalles hat der Staat beim Einsatz von Angestellten somit wegen der Nebenkosten für die Alterssicherung erheblich höhere Ausgaben zu leisten als beim Einsatz von Beamten, zumal das Gesamtlebenseinkommen der Angestellten das der Beamten - nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Bezügeanpassung - deutlich übersteigt. Im Einzelnen liegen die Gesamtaufwendungen für Angestellte in den ausgewählten Tätigkeitsfeldern während der aktiven Zeit zwischen 27,8 % und 36,8 % über denen für Beamte.

5. Zusammenfassung

Es ist festzuhalten, dass der Einsatz von Angestellten anstelle von Beamten die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte noch weiter verschärfen würde. Im Falle einer "Entbeamtung" würden die Personalausgaben in den nächsten 30 bis 40 Jahren für die Bediensteten um etwa 25 bis 30 % steigen. Sie träfen damit zeitgleich mit den steigenden Versorgungsausgaben für die vorhandenen Beamten zusammen. Insgesamt ergäbe sich somit eine Kumulation der Liquiditätsprobleme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, seit dem Erscheinen unserer letzten Ausgabe hat sich viel getan. 2005 wird für uns Beschäftigte im öffentlichen Dienst, ob Beamte oder Arbeitnehmer, grundlegende Änderungen bringen. Hiermit müssen wir uns als wichtige Berufsorganisation in Baden-Württemberg auseinandersetzen und bereits im Vorfeld intensive politische Gespräche führen.

Ab 1. Oktober 2005 gilt der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Er sieht eine "leistungsgerechte und motivierende Bezahlung" vor. Vor allem für Jüngere soll die Vergütung attraktiver werden. Kein Beschäftigter wird am Tag des Übergangs weniger verdienen. Arbeiter und Angestellte werden künftig ein einheitliches Arbeitsrecht als "Tarifbeschäftigte" haben. Leider konnten sich nur der Bund und die Kommunen auf dieses BAT- und BMT-G-Nachfolgemodell einigen. Die Länder stehen noch außen vor. Solange es keine Neuregelung gibt, gelten dort die bisherigen tarifrechtlichen Bestimmungen weiter. Bereits in der letzten Ausgabe habe ich an dieser Stelle festgestellt, dass das, was im Tarifrecht ausgehandelt wird, nicht ohne Folgen im Beamtenrecht bleiben wird.

Am 16. März 2005 hat der Vorstand in einem über fünfständigen Gesprächsmarathon gegenüber hochrangigen Vertretern der Landespolitik unsere Interessen deutlich zum Ausdruck gebracht. In einem intensiven Meinungsaustausch mit dem noch amtierenden Ministerpräsidenten Erwin Teufel, Innenminister Heribert Rech, dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Prof. Dr. Peter Frankenberg und dem Verband angehörenden Landtagsabgeordneten und Vertretern in kommunalen Spitzenpositionen wurden wichtige Ansätze für eine notwendige Reform der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst umfassend erörtert. Der Verlauf des Gespräches und der Kreis der vom Staatsministerium eingeladenen Kolleginnen und Kollegen machte erneut den nach wie vor ungebrochen hohen Stellenwert unseres Verbandes und seiner Mitglieder sehr deutlich. Wir werden mit Sicherheit auch für die neue Landesregierung unter Ministerpräsident Oettinger ein anerkannter und wichtiger Gesprächspartner sein. Dies sollten gerade die Kolleginnen und Kollegen berücksichtigen, die sich hinsichtlich eines Beitritts zum Verband bislang (noch) zurückhalten. Nur gemeinsam können wir Erfolge erzielen. Je größer die Zahl unserer Mitglieder, desto stärker unser Einfluss auf die Politik. Fazit der hochkarätigen Gesprächsrunde unter Leitung des damaligen Ministerpräsidenten: Die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung in Kehl und Ludwigsburg bleiben in ihrer Grund-

struktur erhalten. Es gibt keine Hinwendung in Richtung Berufsakademien. Die Ausbildungsdauer wird von 4 auf 3 1/2 Jahre eine Reduzierung erfahren.

Weitere Gespräche werden notwendig sein. Die Vertreter unseres Verbandes haben hierbei, ebenso wie bei den weiteren Gesprächen an diesem Nachmittag mit Landtagspräsident Peter Straub, Innenminister Heribert Rech und dem Staatssekretär im Finanzministerium, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, Zukunftsperspektiven für die Prüfungsabsolventen eingefordert. An die Adresse der Politik, aber auch an die Kolleginnen und Kollegen in Spitzenfunktionen der Landes- und Kommunalverwaltung gerichtet, appellierten wir mit allem Nachdruck, den jungen, motivierten, gut ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen eine Einstellungschance zu geben und sie nicht in der "Warteschleife hängen zu lassen", sondern sie zeitnah in das Beamtenverhältnis zu übernehmen, so wie es Ziel der Ausbildung ist. Die Politik wird sich mehr denn je um eine attraktive, moderne Ausgestaltung des Berufsbeamtentums bemühen müssen, wenn sie eine leistungsfähige Verwaltung im Land und in den Kommunen auch in der Zukunft sicherstellen will, so der übereinstimmende Tenor bei allen Gesprächen. Eindringlich warnten wir vor einer Änderung des Art. 33 GG und forderten die Vertreter der Landesregierung auf, in einer so zentralen Frage nicht einzuknicken. In dem Gespräch mit Innenminister Rech konnten wir erreichen, dass zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die sich mit den Entwicklungschancen des mittleren Verwaltungsdienstes auseinandersetzt. Ein für den Verband gleichermaßen wichtiges Thema. Der Vorstand hat bereits zuvor eine gleichnamige Arbeitsgruppe unter Leitung seiner Vorstandsmitglieder Margot Thoma und Heidrun Bay eingesetzt. Gerade vor den durch die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg und die ausstehende Dienstrechtsreform ausgelösten Prozessen stellt dies eine wichtige Aufgabe dar, der sich der Verband, zusammen mit Innenministerium und Kommunen, stellen muss.

Staatssekretär Prof. Dr. Reinhart sagte uns eine sorgfältige und sachgerechte Prüfung unserer Forderungen nach einer angemessenen Erhöhung der Wegstreckenentschädigung zu. Die seit Jahren unverändert gebliebenen 30 Cent pro Kilometer decken bei weitem nicht mehr die vom ADAC nachgewiesenen Kfz-Kosten. Nach wie vor stellt die Bereitstellung der privaten Autos die für den Dienstreiseverkehr die kostengünstigste Abwicklung des Dienstreiseverkehrs dar.

Die Gespräche wurden vom Vorstand in seiner Sitzung am 1. März 2005 intensiv vorbereitet. Hierbei befas-



ten wir uns auch mit einer notwendigen Neuorientierung auf Bundesebene. Den beschlossenen und in dieser Ausgabe der Verwaltungszeitung abgedruckten Antrag zur DVG-Bundesvertretertag in Würzburg empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit und bitte um Ihre Unterstützung.

An dieser Stelle möchte sich der Vorstand für die engagierte Arbeit in unseren Kreisverbänden bedanken. Leider haben wir im Lande aber auch ein paar "weiße Flecken", wo der Vorsitz im Kreisverband vakant ist. Wir bitten die betroffenen Kolleginnen und Kollegen auf die Ansetzung von Kreisversammlungen zu drängen und die ausstehende Nachfrage zu lösen. Die Verbandsgeschäftsstelle unter Leitung unseres Geschäftsführers Harald Gentsch ist Ihnen gerne behilflich.

Der Vorstand wird auch in allen Regierungsbezirken Präsenz zeigen. Den Auftakt werden wir in Südbaden (Regierungsbezirk Freiburg) machen. Hierzu lade ich alle Mitglieder auf Donnerstag, den 2. Juni 2005 nach Emmendingen (siehe unter "Umschau im Land") ein.

Mit kollegialen Grüßen

Wolfgang Steng, Vorstandsvorsitzender

PS: Wenn Sie diese Zeilen lesen, dürfte die neue Landesregierung von Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Günther H. Oettinger ihre Arbeit bereits aufgenommen haben. Wir mussten diese heutige Ausgabe der Verwaltungszeitung Baden-Württemberg Mitte April zusammenstellen. Daher bitten wir um Verständnis, wenn sich möglicherweise eine Formulierung oder Bezeichnung bis zum Erscheinungstag überholt haben sollte.

Inhaltsverzeichnis

Zum Titelbild

Landratsamt Freudenstadt
und Blick vom Lotharpfad in den Schwarzwald

Das Vorurteil der Beamtenprivilegien
"Teure Beamte"

Berufspolitische Rundschau

Der Vorstand beriet und beschloss
DVG-Presseerklärung "Öffentlicher Dienst - quo vadis"
Zusammenarbeit von Komba und VdV
Rundschreiben des Beamtenbundes Baden-Württemberg
Gespräche des Verbandes mit der Landesregierung
Ausbildung zum mittleren Verwaltungsdienst wird reformiert
Besoldung muss in der Befugnis des Gesetzgebers bleiben
Eine "Osterüberraschung"
Leistungen der Beihilfe im Pflegefall
Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion
"Strukturreformgesetz"
Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft: Zukunft aktiv gestalten
Ein Glückauf der neuen Landesregierung

Wir im Spiegel der Presse

Das Porträt

Landkreis Freudenstadt

Neues von den Hochschulen

Fachhochschule Kehl

MPA-Dozentenworkshop
Beginn des 2. Semesters MPA

Fachhochschule Ludwigsburg

Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng zum Antrittsbesuch
Exkursion der HVF-Studenten nach Brüssel
Workshop mit EIPA/CEFASS

Umschau im Land

Kurstreffen A 72 und I 72
Bezirksverband Freiburg
Kreisverband Bodenseekreis
Kreisverband Rems-Murr
Kreisverband Schwarzwald-Baar-Kreis
Kreisverband Stuttgart
Kreisverband Tübingen

Personalia

Helmut Groß - Vizepräsident des Städtetages
Hermann Saam feiert den 95. Geburtstag
Dr. Christian O. Steger wird Honorarprofessor
Reinhold Steimer wurde 80 Jahre alt
Gerhard Wittlinger 65 Jahre alt
Erwin Teufel ein Danke

Namen

Seminare

Arbeitskreise im Verband gebildet

Die Verwaltungszeitung ist als PDF-Datei abrufbar:

www.vdv-bw.org
www.nussbaum.de/VZ

Zum Lesen der Datei benötigen Sie den kostenlos erhältlichen
ADOBE-Acrobat-Reader.

Der Vorstand des Verbandes

Verbandsvorsitzender:

Wolfgang Steng, Erster Beigeordneter, 70839 Gerlingen

Stellvertretender Verbandsvorsitzender:

Jochen Müller, Bürgermeister, 71404 Korb

Stellvertretender Verbandsvorsitzender:

Hans Reibold, Regierungsdirektor, 72072 Tübingen

Weitere Mitglieder:

Birgit Baumann, Stadtamtsrätin, 89518 Heidenheim
Heidrun Evelyn Bay, Kreisobersekretärin, 72639 Neuffen
Peter Dombrowsky, Landrat, 72250 Freudenstadt
Roger Kehle, Bürgermeister, 73249 Wernau
Alfred Maucher, Stadtoberamtsrat, 88339 Bad Waldsee
Margot Thoma, Regierungsamtsfrau, 76337 Waldbronn
Eberhard Ziegler, Professor, 70825 Korntal

Verbandsjugendleiterin:

Michaela Specht, Stadtinspektorin, 71665 Vaihingen/Enz

Bezirksvorsitzende:

Bezirksvorsitzender Freiburg:
Klaus Nunn, Stadtoberverwaltungsrat, 79312 Emmendingen
Stellvertreter:
Axel Goßner, Kreisverwaltungsdirektor, 78467 Konstanz
Bezirksvorsitzender Karlsruhe:
Emil Imhof, Kreisoberamtsrat a. D., 76646 Bruchsal
Stellvertreter: Harald Brenkert, Kreisamtsrat, 74867 Neunkirchen
Bezirksvorsitzender Stuttgart:
Peter Launer, Stadtverwaltungsdirektor, 70188 Stuttgart
Stellvertreter: Eberhard Strayle, Oberamtsrat, 70839 Gerlingen
Bezirksvorsitzender Tübingen:
Rudolf Forcher, Bürgermeister a. D., 88339 Bad Waldsee
Stellvertreter: Peter Allgaier, Bürgermeister a. D., 88682 Salem

Vertreter der Fachhochschulen (beratend)

Für Kehl: Alexander Bourke, 88682 Salem-Beuren

Für Ludwigsburg: Ralf Zimmermann, 71720 Oberstenfeld

IMPRESSUM:

Verwaltungszeitung Baden-Württemberg: Organ des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.

Herausgeber und Verlag: Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V., 70174 Stuttgart, Panoramastraße 27, Telefon: 0711 2263262, Telefax: 0711 2263280, E-Mail: info@vdv-bw.org, Internet: www.vdv-bw.org.

Redaktion: Harald Gentsch (verantwortlich), Sybille Schwartz, Achim Sekler, Klaus Warthon, Kai Zwanziger. Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar.

Anzeigenverwaltung und Druck: Nussbaum Medien Weil der Stadt GmbH & Co. KG, Merklinger Straße 20, 71263 Weil der Stadt, Tel. 07033 525-0. Die Anzeigenverwaltung ist für Anzeigen und Hinweise im Anzeigenteil verantwortlich. **Manuskripte** werden erbeten an die Schriftleitung "Verwaltungszeitung Baden-Württemberg", 70174 Stuttgart, Panoramastraße 27.

Bezugspreis: jährlich 10 € netto + 7 % MwSt. (für Verbandsmitglieder im Mitgliedsbeitrag inbegriffen). Preis des Einzelheftes 2 € netto.

Berufspolitische Rundschau

Der Vorstand beriet und beschloss am 1. März 2005 in Stuttgart

1. Eröffnung und Begrüßung

Anwesend der Vorsitzende und 10 Vorstandsmitglieder; entschuldigt: Birgit Baumann, Roger Kehle, Michaela Specht, Margot Thoma und Eberhard Ziegler. Außerdem anwesend: Ehrenvorsitzender Rolf Wieser sowie Alexander Bourke und Ralf Zimmermann von den Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg.

2. Sitzungsprotokoll vom 30. November 2004 in Wernau

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

3. Bericht des Vorsitzenden und des Geschäftsführers

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Gesprächstermin am 16.3.2005 mit IM Rech und am 9.5.2005 mit der FDP-Landtagsfraktion. Im Anschluss an Vorstandssitzung am 2.6.2005 im Rathaus Emmendingen, mitgliederoffene Veranstaltung mit dem BBW-Vorsitzenden Volker Stich.

4. Mitgliederbewegung

Bericht des Geschäftsführers und übergebene Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

5. Versicherungen

Die von der Geschäftsleitung vorgeschlagenen Veränderungen bei den bestehenden Versicherungen bei der WGV werden einstimmig beschlossen. Außerdem wird einstimmig beschlossen, die ehrenamtlich Tätigen des Verbandes (Vorstandsmitglieder und Kreisvorsitzende) bei der gesetzlichen Unfallversicherung anzumelden.

6. Austritt des VdV aus der DVG und weitere Gespräche

Es wurde keine weitere Beschlussfassung vorgenommen, d.h. die Absichtserklärung des Austrittes auf 31. Dezember 2005 bleibt bestehen. Das weitere Vorgehen der DVG ist abzuwarten. Im Übrigen siehe TOP 8.

7. DVG-Bundesvertretertag 2005 - Benennung von Delegierten

Bei dem Bundesvertretertag sind der Vorsitzende Wolfgang Steng und Vorstandsmitglied Margot Thoma als Frauenvertretung auf alle Fälle als Delegierte vertreten. Weiter stehen dem Verband 13 Delegierte zu.

Es werden benannt: Heidrun Bay, Alexander Bourke, Peter Dombrowsky, Rudolf Forcher, Harald Gentsch, Alfred Maucher, Klaus Nunn, Michaela Specht und Ralf Zimmermann.

Der Vorsitzende wird beauftragt, die weiteren Delegierten zu benennen. Es sind dies: Birgit Baumann, Benjamin Käflein, Michael Knapp und Markus Motschenbacher.

8. DVG-Bundesvertretertag 2005 - Anträge

VdV beantragt: Bundesleitung der DVG zu beauftragen, mit der komba in Gespräche mit dem Ziel einer Kooperation und Fusion beider Verbände einzutreten.

9. DVG-Bundesjugendtag 2005 - Benennung von Delegierten

Folgende Delegierte werden benannt: Alexander Bourke, Markus Motschenbacher, Benjamin Käflein, Michaela Specht und Ralf Zimmermann.

10. Umsetzung der Verwaltungsreform

Der Bericht des Vorsitzenden wird zur Kenntnis genommen. Beschlüsse waren keine zu fassen.

11. Arbeitskreise

Der Arbeitskreis Personalrätearbeit/LPVG nimmt am 17. März 2005 seine Arbeit auf. Er ist wegen der Personalratswahlen in diesem Jahr der "aktuellste Arbeitskreis". Weitere Beschlüsse waren nicht zu fassen. Bericht aus den Arbeitskreisen wird auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandssitzung am 2.6.2005 gesetzt.

12. Personalratswahlen 2005

Der Vorstand hält eine langfristige Strategie für wichtig, bei der insbesondere auch die Mitglieder des VdV "Flagge zeigen sollten". Ein einheitliches Erscheinungsbild bei den anstehenden Wahlen ist erstrebenswert.

13. Arbeit an den Fachhochschulen/ Zukunftsperspektiven für die Absolventen

Allgemeine Aussprache. Bezüglich des Besprechungstermins bei MP Teufel wegen Reform der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes wird festgestellt, dass die Beschlusslage des Verbandes von einer auf 3 Jahre reduzierten Ausbildung ausgeht. Allerdings wird auch eine dreieinhalbjährige Ausbildung akzeptiert. Nicht für sinnvoll erachtet man für die Ausbildung in der Verwaltung das Berufsakademie-Modell. Eine Sitzung des Arbeitskreises wird nicht für erforderlich gehalten.

Wegen der Zukunftsperspektiven der Absolventen der Fachhochschulen soll in der nächsten Verwaltungszeitung ein Aufruf zur Stellensituation erfolgen, evtl. auch entsprechende Anschreiben an die Landräte, Oberbürger- und Bürgermeister im Lande.

14. Präsenz bei Personalversammlungen und Kreisverbänden

Vorsitzender oder Geschäftsführer bemühen sich, Termine wahrzunehmen bzw. stellen sicher, dass der Verband durch ein Vorstandsmitglied präsent ist.

Öffentlicher Dienst - quo vadis?

Wohin treibt der öffentliche Dienst? Diese Frage stellte sich der Bundesvorstand der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft auf seiner Sitzung am 18./19. Februar 2005 in Mainz, als er sich mit den Konsequenzen aus dem jüngsten Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes befasste. Die DVG begrüßt, dass die TdL am 3. März 2005 mit den Gewerkschaften zu Gesprächen zusammenkommt. Anderenfalls wäre die Folge, dass sich bundesweit in Fragen der Bezahlung und Arbeitszeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein Chaos anbahnt. Aus Sicht der DVG kann es nicht im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger liegen, wenn bei dem für sie wichtigsten Dienstleister die Personallage unterschiedlich geregelt werden würde. Unausweichlich werden sich mittelfristig qualitative Unterschiede im Leistungsangebot auftun.

Die Wochenarbeitszeiten bewegen sich in einer Bandbreite von 38,5 bis 42 Stunden. Ein wesentlicher Gehaltsbestandteil, das Weihnachtsgeld, ursprünglich als 13. Monatsbezug konzipiert, ist völlig zerrissen geregelt. Auch die notwendige Bezügeanpassung an die wirtschaftliche Entwicklung, auf die die Beschäftigten einen Rechtsanspruch haben, darf nicht völlig auseinander laufen.

Dieser drohenden Fehlentwicklung muss aus der Sicht der DVG ganz entschieden entgegengetreten werden. Die Länder werden aufgefordert, ihre Blockadehaltung aufzugeben und das mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ausgehandelte Tarifergebnis im Paket zu übernehmen. Außerdem appelliert die DVG an die Länder, das Eckpunktepapier des DBB, das zum einen dem Länderinteressen substanziell entgegenkommt und zum anderen ein flächendeckend hohes Niveau öffentlicher Dienstleistungen in Deutschland sicherstellt, für Bund, Länder und Kommunen zügig umzusetzen.

Dies wäre ein Erfolg im Sinne der Beschäftigten, der Bürgerinnen und Bürger und letztlich auch der öffentlichen Haushalte.

Bundesvorsitzender Adolf Mittermeier

Zusammenarbeit von komba und DVG

Entsprechend eines Antrages bei der Vertreterversammlung unseres Verbandes am 20. September 2004 in Stuttgart hat sich der Verbandsvorstand eingehend mit der Situation der Verstärkung der Verbandsarbeit auseinander gesetzt. Insbesondere die Repräsentanz auf Bundesebene gilt es zu stärken. Es erscheint sinnvoll, dass deshalb die Deutsche Verwaltungsgewerkschaft, in

der unser Verband ein wichtiges und gewichtiges Mitglied ist, mit der komba auf Bundesebene Gespräche über eine enge Zusammenarbeit bis hin zur Fusion in Angriff nimmt. Aus diesem Grunde wurde vom Verbandsvorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen, an den Bundesvertretertag der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft am 9./10. Juni 2005 einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Er ist nachstehend abgedruckt:

An die
Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft
Herrn Adolf Mittermeier
Postfach 4123, 55031 Mainz

15. März 2005

DVG-Bundesvertretertag 2005 am 9./10. Juni 2005; hier: Antrag

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender Mittermeier,

der Vorstand des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg hat in seiner letzten Sitzung einstimmig nachstehenden Antrag an den Bundesvertretertag 2005 beschlossen:

Antrag

Der Bundesvertretertag möge beschließen:

Die Bundesleitung der DVG wird beauftragt, unverzüglich unter Beteiligung des dbb beamtenbund und tarifunion Gespräche mit der Bundesleitung der komba gewerkschaft mit dem Ziel einer alsbaldigen engeren Kooperation bzw. Fusion beider Gewerkschaften auf Bundesebene aufzunehmen.

Ziel muss es sein, mittelfristig bundesweit eine neue leistungsstarke Gewerkschaft innerhalb des dbb beamtenbund und tarifunion zu gründen, die allen Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten (Beamte und Arbeitnehmer) sowohl der Bundesverwaltung, der Landesverwaltungen als auch der Kommunalverwaltungen sowie weiteren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie deren Eigenbetriebe für eine Mitgliedschaft offen steht.

Ziel sollte es sein, dass diese neue Gewerkschaft einen neuen, neutralen Namen erhält. Selbstverständlich wäre die Übernahme des Namens "DVG" möglich.

Ziel muss es sein, vertraglich abgesicherte Übergangsregelungen hinsichtlich der Anpassung der Mitgliedsbeiträge und der Vertretung bisheriger Repräsentanten der DVG in den Führungsgremien einer neuen Gewerkschaft auf Bundes-, Länder- und örtlicher Untergliederungen zu erreichen.

Begründung:

"Die gegenwärtigen politischen Diskussionen sowohl um das Beamtenrecht als auch um das Tarifrecht verdeutlichen ganz klar: Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst sitzen alle in einem Boot. Es kommt zu einer immer stärkeren Annäherung der

beiden Rechts- und Vergütungssysteme. Daher werden die Beschäftigtengruppen innerhalb des öffentlichen Dienstes noch enger zusammenrücken müssen.

Viele Delegierte haben dies z. B. auch bei der Vertreterversammlung des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg am 20. September 2004 in Stuttgart zum Ausdruck gebracht. Wir müssen innerhalb der einzelnen Landesgliederungen der DVG darüber diskutieren, wie wir diesen neuen Herausforderungen erfolgreich begegnen. Wir müssen unsere Mitgliederbasis erweitern. Es wird ein Gebot der Stunde sein, dass wir uns dem Tarifbereich öffnen.

Wir müssen eine verstärkte Mitgliederwerbung unter den bislang nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auch uns nahe stehenden Arbeitnehmern aufnehmen.

Wir brauchen Einfluss bei Tarifverhandlungen.

Wir müssen unsere Position als Beschäftigte aus Landes- und Kommunalverwaltungen innerhalb des dbb beamtenbund und tarifunion und deren Führungsgremien stärken. Durch eine größere Mitgliederzahl werden wir unseren Einfluss nachhaltig verbessern. Wir werden das Gespräch über Kooperationen und Fusionen auch mit weiteren befreundeten Verbänden innerhalb des dbb beamtenbund und tarifunion suchen müssen, wenn wir unsere Schlagkraft erhöhen wollen. Gemeinsam sind wir stärker. Gespräche mit der komba gewerkschaft können nur der erste Anfang sein.

Gegenüber der Politik können wir unsere Forderungen und berechtigten Anliegen künftig besser durchsetzen, wenn wir möglichst gemeinsam agieren (nicht nur reagieren) und wenn eine möglichst große Zahl an Mitgliedern hinter uns steht. Umfassende Diskussionen und Gespräche in den Untergliederungen werden zu führen sein."

Wir bitten den Antrag anzunehmen, damit möglichst viele der bisherigen Landesgliederungen der DVG an diesem wichtigen Entwicklungsprozess teilhaben können und weitere isolierte Gespräche in den einzelnen Bundesländern vermieden werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Steng
Verbandsvorsitzender

Rundschreiben BBW

Der Beamtenbund Baden-Württemberg teilte uns mit, dass die aktuellen Meldungen zeitnah zur Verfügung gestellt werden sollen. Deshalb werden diese Rundschreiben auf elektronischem Wege versandt. Dadurch ist erreicht, dass aktuelle Meldungen des BBW umgehend zur Verfügung gestellt werden können, ohne dass zuvor für Druck und Postversand unnötige Zeit verstreicht. Wer an diesem elektronischen Informationsdienst des Beamtenbundes Baden-Württemberg interessiert ist, kann dies dem

Beamtenbund mitteilen, entweder auf der dafür eingerichteten E-Mail-Adresse: presstelle@bbw.dbb.de, indem er dort eine leere Nachricht sendet oder auf der Homepage des Beamtenbundes Baden-Württemberg (www.bbw.dbb.de) ein entsprechendes Formular ausfüllt.

Wer jedoch das Rundschreiben in herkömmlicher Papierform benötigt, sollte dies mit seiner Postanschrift dem Beamtenbund Baden-Württemberg, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart, mitteilen.

Gespräche des Verbandes mit der Landesregierung

Am 16. März 2005 hat der Verbandsvorstand in einem über fünfständigen Gesprächsmarathon gegenüber hochrangigen Vertretern der Landespolitik unsere Interessen deutlich zum Ausdruck gebracht. In einem intensiven Meinungsaustausch mit Ministerpräsident Erwin Teufel, Innenminister Heribert Rech, dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Prof. Dr. Peter Frankenberg und dem Verband angehörenden Landtagsabgeordneten und Vertretern in kommunalen Spitzenpositionen wurden wichtige Ansätze für eine notwendige Reform der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst umfassend erörtert.

Der Verlauf des Gespräches und der Kreis der vom Staatsministerium eingeladenen Kolleginnen und Kollegen machte erneut den nach wie vor ungebrochen hohen Stellenwert unseres Verbandes und seiner Mitglieder sehr deutlich. Wir werden mit Sicherheit auch für die neue Landesregierung unter dem designierten Ministerpräsidenten Oettinger ein anerkannter und wichtiger Gesprächspartner sein. Dies sollten gerade die Kolleginnen und Kollegen berücksichtigen, die sich hinsichtlich eines Beitritts zum Verband bislang (noch) zurückhalten. Nur gemeinsam können wir Erfolge erzielen. Je größer die Zahl unserer Mitglieder, desto stärker unser Einfluss auf die Politik.

Fazit der hochkarätigen Gesprächsrunde unter Leitung von Ministerpräsident Erwin Teufel:

Die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung bleiben bestehen

Die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung in Kehl und Ludwigsburg bleiben in ihrer Grundstruktur erhalten. Es gibt keine Hinwendung in Richtung Berufsakademien. Die Ausbildungsdauer wird von 4 auf 3 1/2 Jahre eine Reduzierung erfahren.

Weitere Gespräche werden notwendig sein. Die Vertreter unseres Verbandes haben hierbei, ebenso wie bei den weiteren Gesprächen an diesem Nachmittag mit Landtagspräsident Peter Straub, Innenminister Heribert Rech und dem Staatssekretär im Finanzministerium, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, Zukunftsperspektiven für die Prü-

fungsabsolventen eingefordert. An die Adresse der Politik, aber auch an die Kolleginnen und Kollegen in Spitzenfunktionen der Landes- und Kommunalverwaltung gerichtet, appellierten wir mit allem Nachdruck, den jungen, motivierten, gut ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen eine Einstellungschance zu geben und sie nicht auf der "Warteschleife hängen zu lassen", sondern sie zeitnah in das Beamtenverhältnis zu übernehmen, so wie es Ziel der Ausbildung ist. Die Politik wird sich mehr denn je um eine attraktive, moderne Ausgestaltung des Berufsbeamtentums bemühen müssen, wenn sie eine leistungsfähige Verwaltung im Land und in den Kommunen auch in der Zukunft sicherstellen will, so der übereinstimmende Tenor bei allen Gesprächen.

Keine Änderung des Art. 33 GG

Eindringlich warnten wir vor einer Änderung des Art. 33 GG und forderten die Vertreter der Landesregierung auf, in einer so zentralen Frage nicht einzuknicken.

Arbeitsgruppe für mittleren Dienst wird eingerichtet

In dem Gespräch mit Innenminister Rech konnten wir erreichen, dass zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die sich mit den Entwicklungsphasen des mittleren Ver-



Innenminister Heribert Rech und Ministerialdirektor Manfred Munding saßen unser Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng und Ehrenvorsitzender Rolf Wieser gegenüber



waltungsdienstes auseinander setzt. Ein für den Verband gleichermaßen wichtiges Thema. Der Vorstand hat bereits zuvor eine gleichnamige Arbeitsgruppe unter Leitung seiner Vorstandsmitglieder Margot Thoma und Heidrun Bay eingesetzt. Gerade vor den durch die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg und die ausstehende Dienstrechtsreform ausgelösten Prozessen stellt dies eine wichtige Aufgabe dar, der sich der Verband, zusammen mit Innenministerium und Kommunen, stellen muss.

Die Höhe der Wegstreckenentschädigung wird überprüft

Staatssekretär Prof. Dr. Reinhart sagte uns eine sorgfältige und sachgerechte Prüfung unserer Forderungen nach einer angemessenen Erhöhung der Wegstreckenentschädigung zu. Die seit Jahren unverändert gebliebenen 30 Cent pro Kilometer decken bei weitem nicht mehr die vom ADAC nachgewiesenen Kfz-Kosten. Nach wie vor stellt die Bereitstellung der privaten Autos die für den Dienstherrn kostengünstigste Abwicklung des Dienstreiseverkehrs dar.

Die Ausbildung zum mittleren Verwaltungsdienst in Baden-Württemberg wird reformiert

Bei dem Gespräch am 16. März 2005 mit Innenminister Heribert Rech wurde vereinbart, eine Arbeitsgruppe des Innenministeriums mit Vertretern unseres Berufsverbandes über die Entwicklung im mittleren Verwaltungsdienst in Baden-Württemberg zu bilden.

Daran sollen künftig nach dem Wunsch des Ministeriums auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag Baden Württemberg teilnehmen.

Das erste Gespräch fand bereits am Dienstag, den 12. April 2005 im Innenministerium in Stuttgart statt - das Thema war brandaktuell!

Teilnehmer seitens unseres Verbandes: der stv. Verbandsvorsitzende Hans Reibold und die Vorstandsmitglieder Heidrun Bay, Michaela Specht und Geschäftsführer Harald Gentsch sowie das Ehrenmitglied und früherer stv. Verbandsvorsitzender Gerhard Hummel.

Teilnehmer seitens des Innenministeriums: der Abteilungsleiter der Abteilung 1 "Allgemeine Verwaltung", Dr. Konrad Feige, der Referatsleiter Gerd Fasbender, die Referentin Dr. Claudia Stöckle und die Sachbearbeiterin Bettina Heinzelmann.

Situation: Derzeit gibt es im Land Baden-Württemberg bei den 4 Regierungspräsidien

staatliche Verwaltungsschulen, an denen die Ausbildung für den mittleren Verwaltungsdienst absolviert wird. Die Ausbildung ist staatlich organisiert.

Dies ändert sich bereits ab 1. Januar 2006!

Ein externes Gutachten der Fa. BSL mit dem Ziel der Neuorganisation der Regierungspräsidien (Aufgabe war, dort einen Personalabbau plausibel zu erklären) kam vor Jahren bereits zu dem Ergebnis, die von den Regierungspräsidien betriebenen staatlichen Verwaltungsschulen auszugliedern.

Nach Gesprächen und Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden entschied der Ministerrat bereits im Mai 2004, dass diese Aufgabe der staatlichen Verwaltungsschulen für die Anwärter des mittleren Dienstes nicht mehr von den Regierungspräsidien wahrgenommen werden. Vor dem Hintergrund, dass zwischen 84 % und 87 % der Anwärter von einer kommunalen Ausbildungsstelle eingestellt werden, ist nach Ansicht des Innenministeriums der Ansatz konsequent, die Ausbildungsverantwortung in die Hand der Kommunen zu geben.

Deshalb: die staatlichen Verwaltungsschulen werden aufgelöst - es werden kommunale Verwaltungsschulen eingerichtet.

Es ist vorgesehen, die an den vier Regierungspräsidien zur Verfügung stehenden staatlichen Verwaltungsschulen aufzulösen und durch drei in kommunaler Trägerschaft stehende Schulen an den Standorten Karlsruhe, Esslingen und Haigerloch-Hart zu ersetzen. Die Schule in Karlsruhe wird in der Trägerschaft der Gemeindetages, die Schulen in Esslingen und Haigerloch-Hart werden jeweils in der Trägerschaft der dortigen Landkreise geführt.

Die Kosten der Verwaltungsschulen werden durch die Erhebung von **Lehrgangsgebühren** (ca. 1.400 €) ausgeglichen, die von der Ausbildungsstelle zu tragen sind. Insofern erfolgt eine Anpassung an die Ausbildung der Verwaltungsfachangestellten.

Die Durchführung der Staatsprüfung soll - wie bei den anderen Laufbahnprüfungen auch - beim Land verbleiben.

Erstmals wird die Ausbildung an den kommunalen Verwaltungsschulen ab Januar 2006 durchgeführt.

In den nächsten Wochen werden der Entwurf der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung sowie der neue überarbeitete Stoffgliederungsplan in die Anhörungsrunde gebracht.

Stellungnahme der Gesprächsteilnehmer des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg:

Ziel ist die Stärkung der Qualifizierung der Ausbildung zum mittleren Verwaltungs-

dienst. Der mittlere Verwaltungsdienst ist eine unabdingbare notwendige Stufe und damit eine Ergänzung in der Verwaltungsorganisation und der Bewältigung der mannigfaltigen Aufgaben, vor allen Dingen auch im hoheitlichen Bereich. Auf den "Unterbau" des mittleren Verwaltungsdienstes kann nicht verzichtet werden. Damit würde ein weiteres Mal das Berufsbeamtentum grundsätzlich in Frage gestellt, und das kann nicht im Interesse des Staates sein. Hier sollte sich auch die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung stellen.

Die Verlagerung der Zuständigkeit der Verwaltungsschulen für die Ausbildung wird bedauert.

Es stellen sich die Fragen:

1. Wird die Einheitlichkeit der Ausbildung gewahrt?
2. Wird die Qualität der Dozenten erhalten?
3. Sinkt durch die Lehrgangsgebühren nicht die Ausbildungsbereitschaft der Kommunen?
4. Verringert sich nicht dadurch die Anzahl der Ausbildungsstellen?
5. Sollte nicht die Berufsschulpflicht im Zuge der Ausbildungsreform für die Anwärter des mittleren Dienstes entfallen?
6. Sollte dadurch dann nicht der Lehrgang an den Verwaltungsschulen um 3 Monate verlängert werden?

Erwartungen:

1. Die Ausbildung muss beibehalten und qualitativ verbessert werden,
2. der Lehrplan muss überarbeitet werden,
3. die Berufsschulpflicht muss für die Anwärter für den mittleren Dienst relativiert werden,
4. die Kommunen müssen vermehrt Auszubildende für den mittleren Verwaltungsdienst einstellen und nach bestandener Staatsprüfung auch in das Beamtenverhältnis übernehmen.

Appell an die Kommunen, auch jungen Realschülern eine Berufschance zu geben und sie zu Beamten für den mittleren Verwaltungsdienstes auszubilden und anschließend auch in das Beamtenverhältnis zu übernehmen. Sie tragen damit zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit bei. Im Übrigen sind Verwaltungsbeamte allemal wirtschaftlicher und effizienter als Verwaltungsangestellte, siehe das Gutachten des Ifo-Instituts (2. Seite der Verwaltungszeitung).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Umfrage des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Stand der Ausbildung für die mittlere Funktionsebene in der allgemeinen inneren und der Kommunalverwaltung.

Danach wird in Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz über-

haupt kein mittlerer Verwaltungsdienst mehr ausgebildet. Offensichtlich ist die Ausbildung für den mittleren Dienst wohl auch eine "Glaubensfrage". Die Landesregierung Baden-Württemberg steht nach unserer Nachfrage und Intervention hinter dem mittleren Verwaltungsdienst.

Ergebnis der Umfrage:

Bund/Land	Besteht ein Ausbildungsgang für den mittleren Dienst?
Bund	ja
Baden-Württemberg	ja
Bayern	ja
Berlin	ja, aber seit 2002 vorerst keine Ausbildung
Brandenburg	keine Angaben
Bremen	nein
Hamburg	nein
Hessen	ja
Mecklenburg-Vorpommern	ja, nur für das Land
Niedersachsen	ja, aber theoretische Ausbildung gemeinsam mit Aufstiegsfortbildung der Angestellten
Nordrhein-Westfalen	nein
Rheinland-Pfalz	nein
Saarland	ja, aber Beginn nur alle 2 Jahre
Sachsen-Anhalt	ja, aber nur für Kommunen
Schleswig-Holstein	ja, nur die Kommunen
Thüringen	ja

Besoldung muss in der Befugnis des Gesetzgebers bleiben

Familienzuschlag für Beamte mit mehr als zwei Kindern

Unter der Rubrik "Wir im Spiegel der Presse" veröffentlichen wir einen Artikel aus den Badischen Neuesten Nachrichten und den Kommentar "Ein Fall aus Absurdistan" dazu.

Die komba und der dbb in Berlin haben sich eingehend mit der aufgetretenen Situation befasst. Dabei wurde nachstehende Auffassung vertreten:

"Am 17. Juni 2004 hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Einzelfall einem Beamten Familienzuschläge für ein drittes Kind zugesprochen. Künftig sind die Verwaltungsgerichte befugt, Beamten mit mehr als zwei zu berücksichtigenden Kindern höhere familienbezogene Gehaltszuschläge zuzuerkennen. Allerdings muss das Gericht dazu der Meinung sein, dass die bisher vom Gesetzgeber bestimmten Leistungen im Einzelfall nicht den Vorgaben der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entsprechen. Für Beamte mit drei und mehr Kindern stellt sich daher die Frage, ob sie individuell einen Anspruch auf höhere Besoldung hätten, weil in ihrem Fall die Alimentationsverpflichtung nicht von der Regelbesoldung eingelöst wird. Die komba und der dbb lehnen den Weg über das Bundesverwaltungsgericht als Irrweg ab. Nach wie vor ist es Angelegenheit des Gesetzgebers, die Besoldung für den öf-

fentlichen Dienst festzulegen. Dabei hat er natürlich die Maßgabe der Alimentationsverpflichtung zu beachten und darf Beamte nicht zu gering entlohnen. Die komba und der dbb haben das Bundesministerium des Innern aufgefordert, die Festlegung der Besoldung entsprechend den Maßstäben des Bundverfassungsgerichts auszurichten. Es wäre ein folgenschwerer Fehler, wenn Gerichte statt des Gesetzgebers die Höhe der Besoldung festlegen müssten. Die erwarteten Anträge betroffener Beamter auf Erhöhung des Familienzuschlags will das Bundesinnenministerium pauschal ablehnen. Nach Lage der Dinge ist von den übrigen Dienstherren nichts anderes zu erwarten. Für den Fall, dass kinderreiche Beamte klagen, hat der dbb eine generelle Rechtsschutzzusage abgelehnt, weil gerade die schwierige Vorermittlung der Vergleichssummen nicht geleistet werden kann und vor allen Dingen eine weitere Einmischung der Justiz in die Festlegung von Besoldungsbestandteilen kein Vorschub geleistet werden soll."

"Eine Osterüberraschung"

Beitrag zu Pflegeleistungen für Pensionäre

Wer von unseren Pensionären "Glück" hatte, erhielt die Mitteilung seines Versorgungsverbandes oder des Landesamtes für Besoldung nach Ostern. Viele jedoch öffneten am Oster Samstag den Brief und fanden eine richtige "Osterüberraschung", sozusagen ein faules Osterei vor.

Denn unter der Überschrift "Hinweise für Versorgungsberechtigte - Beitrag für Pflegeleistungen - Haushaltsstrukturgesetz 2005" wurden wieder einmal die Pensionäre zur Kasse gebeten, in der Auswirkung wurde eine Pensionskürzung mitgeteilt. Die monatliche Sonderzahlung für Pensionäre wird in diesem Jahr um rd. 25 % gekürzt, nämlich von 5,33 % auf nur noch 4,33 %. Grund dafür ist das Haushaltsstrukturgesetz des Landes Baden-Württemberg, das der Landtag am 18. Februar 2005 beschlossen hat; verkündet wurde es am 1. März 2005 im Gesetzblatt von Baden-Württemberg. Damit soll eine Gleichstellung der Regelung für die Beamten erreicht werden, wie sie für die Rentner bereits seit dem letzten Jahr gilt.

Die Rentner müssen seither nicht nur den hälftigen Anteil zur Pflegeversicherung von 0,85 %, sondern den gesamten Anteil von 1,7 % bezahlen, also auch den - wenn man so will - Arbeitgeberanteil. Die Pensionäre zahlen seither ebenfalls ihren Beitrag zur Pflegekasse. Nun werden sie jedoch auch für den "Arbeitgeberanteil" zur Kasse gebeten. Allerdings nicht mit 0,85 %, sondern nur mit 0,75 %. Der Pferdefuß steckt jedoch in dem Detail, dass bei den Rentnern (um im Übrigen bei den Bundesbeamten) eine Beitragsbemessungsgrenze gilt, während bei uns "open end" herrscht, also eine "nach oben

offene Richterskala". Die Pensionäre spüren das am Geldbeutel, und zwar Monat für Monat.

Nachdem der Beitrag von 0,75 % pro Monat für das ganze Jahr gilt, das Jahr 2005 bei Verabschiedung des Gesetzes aber bereits begonnen hat, wird jetzt nicht etwa rückwirkend der Beitrag erhoben (das geht wohl doch noch nicht), es wird auch nicht auf diesen dann fehlenden Beitrag zugunsten der Pensionäre verzichtet, nein: der Prozentsatz wird einfach auf 9 Monate transponiert, wodurch sich für die verbleibenden 9 Monate eben 1 % ergeben. Im nächsten Jahr sind es dann ab Januar "nur" noch 0,75 %.

Die Geschäftsstelle wurde von vielen Anrufern regelrecht überrollt, da für die Kollegen diese Maßnahme verständlicherweise nicht nachvollziehbar war.

Jedenfalls hat der einbehaltene Beitrag letztendlich nichts mit der Pflegeversicherung zu tun, es handelt sich vielmehr um eine Geldbeschaffungsmaßnahme des Landes auf dem Rücken der Pensionäre.

Aller Protest des Beamtenbundes Baden-Württemberg und des Bundes der Ruhestandsbeamten half nichts. Das Gesetz wurde verabschiedet mit den bekannten Folgen. Nachdem die Verbindung zwischen diesem Beitrag zu Pflegeleistungen und der Pflegeversicherung sowie zur Beihilfe immer wieder angefragt wurde, veröffentlichen wir nachstehend eine kurze Übersicht über die Leistungen der Beihilfe im Pflegefall aus der Sicht des Kommunalen Versorgungsverbandes.

dbb-Dienstleistungszentrum

Für schnelle und kompetente Hilfe bei Rechtsauskünften im Zusammenhang mit der beruflichen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit unserer Mitglieder ist neben der Geschäftsstelle des Verbands der Verwaltungsbeamten und dem BBW das dbb-Dienstleistungszentrum Süd-West erreichbar:

dbb-Dienstleistungszentrum Süd-West, Kaiserring 14-16, 68161 Mannheim, Tel. 0621 12621-0, Fax 0621 126129

Für eine persönliche Vorsprache im Dienstleistungszentrum in Mannheim ist vorherige Terminabsprache erforderlich. Sofern Sie Rechtsschutz beantragen wollen, richten Sie bitte Ihren schriftlichen Antrag nicht direkt an das Dienstleistungszentrum, sondern unter Beifügung der notwendigen Unterlagen an den Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e. V., Panoramastraße 27, 70174 Stuttgart, der dann das Weitere veranlasst.

Leistungen der Beihilfe im Pflegefall

Häusliche und vollstationäre Pflege nach § 9 BVO

Rechtsgrundlage ist die Verordnung des Finanzministeriums Baden-Württemberg über die Gewährung von Beihilfe in Geburts-, Krankheits-, Pflege- und Todesfällen (Beihilfeverordnung - BVO) i. d. F. vom 17.2.2004 (GBl. S. 66).

Der Beihilfeberechtigte selbst und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen haben Anspruch auf Beihilfe zu Pflegeleistungen. Maßgebend für die Art und den Umfang der Pflege ist sowohl für die häusliche als auch für die vollstationäre Pflege jeweils die Feststellung der sozialen Pflegeversicherung bzw. eines privaten Krankenversicherungsunternehmens (Sozialgesetzbuch - Elftes Buch - SGB XI). Die "Pflegekasse" und die Beihilfestelle teilen sich die Leistungen bis zu den im SGB XI und den in der BVO genannten Beträgen.

Häusliche Pflege

Beihilfefähig ist die häusliche Pflege. Sie kann durch

- ◆ geeignete Pflegekräfte oder teilstationäre Pflege (§ 9 Abs. 3 BVO) im Rahmen einer Pflegesachleistung oder
- ◆ geeignete Pflegepersonen (§ 9 Abs. 4 BVO) im Rahmen von Pflegegeld - Pauschalbeihilfe - ohne Nachweis von Aufwendungen oder
- ◆ Kombinationspflege (Pflege teilweise durch Pflegekräfte oder teilstationär und auch durch geeignete Pflegepersonen) erfolgen.

Vollstationäre Pflege

Beihilfefähig ist die Unterbringung

- ◆ in zugelassenen Pflegeeinrichtungen; dies sind Einrichtungen, mit denen die Pflegekassen einen Versorgungsvertrag abgeschlossen haben (§ 72 SGB XI).
- ◆ Die reinen Pflegekosten werden als pauschale Leistungen entsprechend der Einstufung der Pflegekasse berücksichtigt (§ 43 SGB XI).

◆ Daneben sind grundsätzlich die Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung abzüglich eines Eigenanteils beihilfefähig (§ 9 Abs. 9 BVO).

Aufgrund der vielfältigen Fallgestaltungen und Erstattungsbeträge ist hier nur ein sehr allgemein gehaltener Überblick möglich. Ausführliche Erläuterungen und Hinweise enthalten die Merkblätter über die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen aus Anlass einer häuslichen Pflege und einer vollstationären Pflege.

Diese erhalten Sie bei Ihrer Beihilfestelle (dem Landesamt für Besoldung und Versorgung oder dem Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg).

Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion

Einkommensrunde 2005 für Beamte und Versorgungsempfänger

Die Einkommensrunde 2005 steht im Zeichen der Reform des öffentlichen Dienstrechts. Die Umsetzung der Reform ist deshalb mit der Einkommensrunde 2005 zu verbinden. Für Beamte und Versorgungsempfänger fordert der dbb als Initiator der "Neuen Wege im öffentlichen Dienst" die Umsetzung folgender Maßnahmen:

I. Schnelle und vollständige Umsetzung des Eckpunktepapiers

◆ Der dbb fordert die schnelle und vollständige Umsetzung der Eckpunkte für eine Reform des Beamtenrechts "Neue Wege im öffentlichen Dienst" in Bund, Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Nur die zügige und umfassende Umsetzung der im "Eckpunktepapier" als notwendig anerkannten Maßnahmen gewährleistet mehr Besoldungsgerechtigkeit durch Einführung eines leistungsbezogenen Bezahlungssystems, eine dauerhafte Sicherung von Berufsperspektiven für alle, eine bessere Bezahlung für junge und besonders qualifizierte Beamte und die langfristige Sicherung der eigenständigen Beamtenversorgung.

II. Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung

◆ Der dbb fordert für Beamte und Versorgungsempfänger Einmalzahlungen in Höhe von jeweils 300 € für die Jahre 2005, 2006 und 2007.

◆ Anstelle dieser Einmalzahlungen kann für Beamte in den östlichen Bundesländern, auf die die 2. BesoldungsübergangsvO Anwendung findet, der Bemessungssatz um jeweils 1,5 % in den Jahren 2005, 2006 und 2007 angehoben werden.

◆ Beamte und Versorgungsempfänger haben einen gesetzlichen Anspruch auf eine Anpassung der Besoldung und Versorgung an die allgemeine Einkommensentwicklung. Auf dieser Basis sind die erfolgten Kürzungen bei Sonderzuwendung und Urlaubsgeld zu kompensieren.

III. Gewinnung von Anwärtern

◆ Der dbb fordert zur Verbesserung der Nachwuchsgewinnung eine stufenweise Anhebung der Anwärterbezüge in den Jahren 2005, 2006 und 2007 auf einen Mindestbetrag von 55 % der Bezüge des Eingangsamtes.

Für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist es von entscheidender Bedeutung, qualifizierte und leistungsbereite junge Menschen zu gewinnen. Faktum ist, dass die Anwärterbezüge allein seit 1990 im Durchschnitt um über 25 % abgesenkt worden sind und heute nur noch zwischen 35 % und 51 % betragen. Angesichts der demographischen Entwicklung ist alles zu tun, um in den nächsten Jahren die besten Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

IV. Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten

◆ Der dbb fordert Bund, Länder, Gemeinden und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf, über ihre Haushalte den Stellenkegel funktionsgerecht auszubauen und die notwendigen Beförderungstellen zu schaffen.

Die tatsächlich wahrgenommene Funktion und die erbrachte Leistung müssen die bestimmende Grundlage für die Bezahlung und den Aufstieg der Beamten bilden. Diesem Grundsatz müssen die Haushalte Rechnung tragen.

Letzte Meldung

"Strukturreformgesetz"

Bereits nach Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass das Bundesministerium des Innern am 12. April 2005 den Entwurf des Gesetzes zur Reform der Strukturen des öffentlichen Dienstrechts (Strukturreformgesetz - StruktReformG) vorgelegt hat. Darin sind die wesentlichen Punkte des im Oktober vergangenen Jahres mit dbb und ver.di vereinbarten Eckpunktepapiers umgesetzt worden. Jetzt gilt es, diesen Entwurf sorgfältig zu prüfen. Eine erste Bewertung zeigt, dass die überwiegende Zahl der im Eckpunktepapier verabschiedeten Regelungen in dem Gesetzentwurf enthalten sind, allerdings sind auch Regelungen dabei, die so nicht abgesprochen waren (geplante Folgewirkungen für vorhandene Versorgungsempfänger, einige Regelungen für die lebensälteren Kolleginnen und Kollegen, die vom Optionsrecht Gebrauch machen, sowie das Fehlen wichtiger versorgungsrechtlicher Elemente aus dem Eckpunktepapier). Ergänzungsbedürftig ist der Entwurf auch im Hinblick auf den Einbau der Regelungen zur Einkommensentwicklung 2005-2007, hier insbesondere zu den Einmalzahlungen.

Dies vorausgesetzt, setzt der Entwurf in seinen Grundlinien die wesentlichen Ziele der gemeinsamen Reformvereinbarung durch:

1. Die Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen wird spürbar verbessert.
2. Es werden leistungsbezogene Elemente eingeführt, die persönliches Engagement spürbar besser honorieren; dabei wird die Leistungsbezahlung sogar durch einen Individualanspruch abgesichert.
3. Es werden vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Föderalismuskommission notwendigerweise Spielräume für die Länder eröffnet, damit aber gleichzeitig auch Grundlagen für eine weitere bundeseinheitliche Gestaltung des Besoldungs-, Versorgungs- und Dienstrechts geschaffen.
4. Nicht zuletzt wird für die vorhandenen Beamtinnen und Beamten ein umfassender Bestandsschutz gewährt.

DVG: "Zukunft aktiv gestalten - Chancen sichern"

Bundeshauptvorstand der DVG tagte vom 9. bis 11. April 2005 in Königswinter-Thomasberg

Weniger als zwei Monate vor dem Bundesvertretertag der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) in Würzburg hat sich der Bundeshauptvorstand in seinen Beratungen auch mit der gegenwärtigen Lage befasst.

Die öffentliche Verwaltung befindet sich in einem tief greifenden und umfassenden Reform- und Veränderungsprozess. Zu keiner Zeit zuvor war eine derartige Vielzahl von Reformvorhaben festzustellen.

Im Beamten- und Tarifrecht stehen die größten Veränderungen seit Jahrzehnten an. Die anstehenden Änderungen bieten mit ihrem ausgesprochenen Leistungsbezug große Chancen für unsere Mitglieder. Auch unsere jüngeren Mitglieder werden beträchtlich hiervon profitieren können, so der Bundesvorsitzende Mittermeier in einem Fazit vor der Einführung des neuen Tarifvertrages TvöD und wenige Tage vor dem ersten Gesetzentwurf zur Umsetzung des Eckpunktepapiers "Neue Wege im öffentlichen Dienst".

Die DVG wird sich aktiv an der Zukunftsdiskussion beteiligen und die Positionen hierbei mit Nachdruck auch im politischen Raum vertreten.

Es ist unabdingbar, durch vielfältige politische Gespräche zu einem anerkannten Partner in diesem Prozess zu werden. Hierbei werden die Mitgliedsverbände der DVG und die DVG Bund die Chancen in diesen Veränderungsprozessen nutzen. Die DVG wird durch aktives Handeln die Zukunftschancen umfassend sichern.

Einen öffentlichen Dienst mit den heutigen Standards erhalten wir nur, wenn es auch bei einer deutlich geringeren Zahl von Schulabgängern gelingt, die leistungsfähigen jungen Menschen für einen Berufsstart im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Diese Frage ist damit die zentrale Herausforderung der Zukunft und ist entscheidend bei dem Erhalt und der Sicherung von Zukunftschancen. Mit den angedachten Reformen schaffen wir hierfür die besten Voraussetzungen, zeigten sich die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes davon überzeugt, dass es richtig ist, mit eigenen Konzepten zu handeln und sich nicht auf das Reagieren zu beschränken.

Für die DVG erstreckt sich die Sicherung von Chancen nicht nur auf den berufspolitischen Bereich. Es ist für sie selbstverständlich, auch im Bereich der Lebenschancen junger Menschen eine aktive Position einzunehmen. Die dvj-JUGEND unterstützt mit ihrer Aktionsreihe "Zukunft aktiv gestalten - Chancen sichern" junge Menschen bei der Entwicklung zu selbstbewusst handelnden und aktiven Staatsbürgern.

Ein "Glückauf" der neuen Landesregierung

Der Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg gratuliert dem neuen Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger und der neuen Landesregierung zu ihrer Wahl und Ernennung. Wir wünschen der Landesregierung viel Erfolg bei ihrer Arbeit in der weiteren Legislaturperiode.

Wir erwarten eine faires Miteinander und hoffen auf die Einhaltung der Versprechen, keine weiteren Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten im Lande zu beschließen. Darüber hinaus erwarten wir, dass sich die Landesregierung bei Angriffen auf das Berufsbeamtentum schützend vor seine loyalen und ausschließlich dem Staat und seiner Verfassung verpflichteten Beamtinnen und Beamten stellt.



Der neue Regierungschef Günther H. Oettinger mit dem Verbandsvorsitzenden Wolfgang Steng und dem Ehrenvorsitzenden Rolf Wieser (Archivbild)

Wir im Spiegel der Presse

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 30. März 2005

Beamte lehnen Bürger-Pflegeversicherung ab

Streit um Reformvorschlag der SPD – Seehofer: Versichertenkreis nicht ausweiten

Berlin – (dpa) Der Vorstoß von SPD-Chef Franz Müntefering, zur Finanzierung der defizitären Pflegeversicherung auch Beamte und Selbstständige heranzuziehen, ist weiter umstritten. Der Beamtenbund (dbb) verwies gestern darauf, dass die Beamten schon seit zehn Jahren im Rahmen privater Pflegeversicherungen ihren Beitrag leisteten. CSU-Vizechef Horst Seehofer warnte, den Versichertenkreis auszuweiten, bevor

die „Strukturmängel der Versicherung“ behoben seien. Zustimmung erhielt Müntefering jedoch vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Der SPD-Vorsitzende hatte am Wochenende betont, für die Pflegeversicherung sei eine ähnliche Konstellation vorstellbar wie bei der Bürgerkrankenversicherung, bei der auch Selbstständige und Beamte einzahlen müssten. „Jeder muss Mitglied sein“, sagte er.

Dbb-Sprecherin Müller sprach von einer „Milchmädchenrechnung“. Es sei nicht ersichtlich, welchen Vorteil die Umstellung des Pflegeversicherungssystems für Beamte bringen solle. „Im Gegenteil: Durch eine Umstellung würde der private Versicherungszweig unnötig gefährdet.“ Müller erinnerte daran, dass die Beamten seit 1. April 2004 den Beitragssatz von 1,7 Prozent alleine aufbringen müssten.

Badische Neueste Nachrichten vom 23. Februar 2005

Kommentar zu Artikel "Gericht spricht Beamten eine höhere Besoldung zu"

Ein Fall aus Absurdistan

RAINER HAENDLE

Ein Fall aus Absurdistan, der leider mitten in Deutschland spielt: Da werden kinderreiche Landes- und Bundesbeamte genötigt, ihren Dienstherrn zu verklagen, um die ihnen zustehende Besoldung zu erhalten. Und die betroffenen Verwaltungsrichter werden zu besseren Rechenschiefern degradiert, die für jeden Kläger einzeln die Alimente ausrechnen müssen. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht schon vor Jahren klare Vorgaben für den Besoldungsanspruch gemacht und den Gesetzgeber in Berlin zum Handeln aufgefordert. Doch passiert ist nichts. Der Staat lässt seine Mitarbeiter im Regen stehen.

Während die Politiker große Reden über die miserable Geburtenrate in Deutschland schwingen und großspurige Gegenkonzepte entwickeln, werden ausgerechnet den Staatsdienern mit vielen Kindern Knüppel zwischen die Beine geworfen. Wer nicht auf die paar hundert Euro pro Jahr verzichten will, die das Verfassungsgericht für das dritte und jedes weitere Kind als Zuschlag festgelegt hat, der muss die Justiz bemühen. Krasser könnte der Widerspruch kaum sein. Dahinter steckt wohl das Kalkül, dass jeder Beamte, der sich nicht wehrt, dem Bund oder dem Land Geld spart.

Verwunderlich ist es nicht, dass das Verwaltungsgericht Karlsruhe angesichts der bevorstehenden Klageflut und angesichts der Ignoranz des Gesetzgebers gegenüber den Verfassungsrichtern von einem bislang einmaligen Fall spricht. Die Bundesregierung, der Bundestag und die Länderkammer müssen diese Posse jetzt schleunigst beenden. Die Glaubwürdigkeit der Politik hat in den vergangenen Jahren ohnehin großen Schaden gelitten. Vermutlich wird sich jetzt der eine oder andere Finanzminister überlegen, wieder auf Zeit zu spielen und weitere juristische Instanzen anzurufen. Dies hätte unweigerlich zur Folge, dass die betroffenen Beamten gezwungen wären, in absehbarer Zeit wieder vor Gericht zu ziehen und sich dort wieder mit ihrem Dienstherrn über die angemessene Besoldung streiten. Über ein derartiges Stück aus dem Tollhaus könnte wohl nur die Zunft der Rechtsanwälte mit Blick auf die fälligen Honorarsätze Beifall klatschen.

Zu vorstehendem Kommentar verweisen wir auf unseren Artikel unter der Rubrik "Berufspolitische Rundschau" - "Besoldung muss in der Befugnis des Gesetzgebers bleiben - Familienzuschlag für Beamte mit mehr als zwei Kindern"

Badische Neueste Nachrichten vom 23. Februar 2005

Gericht spricht Beamten eine höhere Besoldung zu

Klageflut von kinderreichen Staatsdienern im Anrollen

Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Haendle

Karlsruhe. Weil der Gesetzgeber ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ignoriert und Beamten mit mehr als zwei Kindern zu wenig Gehalt zahlt, rollt auf die Verwaltungsgerichte derzeit eine Klageflut zu. Alleine in Karlsruhe sind mehrere hundert entsprechende Verfahren anhängig, bestätigte Hansjochen Dürr, der Präsident des Verwaltungsgerichts. Die 11. Kammer des Gerichts verurteilte jetzt die Bundesagentur für Arbeit und das Land Baden-Württemberg (Az.: 11 K 4994/03 und 11 K 3674/04), zwei klagenden Beamten aus dem Rhein-Neckar-Kreis einen Betrag von jeweils mehreren tausend Euro an Besoldung für die zurückliegenden fünf Jahre nachzuzahlen. (Siehe Kommentar Seite 2.)

Der Fall sei in der Justizgeschichte einmalig, sagte Gerichtspräsident Dürr gestern bei der Jahrespressekonferenz seiner Behörde. Weil der Gesetzgeber einfach auf Tauchstation gegangen sei, müssten nun die betroffenen Beamten einzeln vor Gericht ziehen und die Richter ihrerseits einzeln für jeden Kläger den jeweiligen Gehaltsanspruch ausrechnen. Auf die Frage, ob die Justiz hier von der Politik missbraucht werde, antwortet Dürr: „Es ist in der Tat ungewöhnlich, dass eine Entscheidung des Verfassungsgerichts ignoriert wird.“

Konkret geht es um einen Beschluss des höchsten Gerichts aus dem Jahre 1998. Darin haben die Karlsruher Hüter der Verfassung nach Angaben des Verwaltungsgerichts zum wiederholten Mal festgestellt, dass die Besol-

dung von Beamten mit mehr als zwei Kindern „unter der verfassungsrechtlich gebotenen Mindestgrenze“ liege, weil der Dienstherr die familiären Unterhaltspflichten nicht realitätsgerecht berücksichtige. Für das dritte und jedes weitere Kind müssten Zuschläge von „mindestens 115 Prozent des sozialhilferechtlichen Gesamtbedarfs eines Kindes“ gewährt werden. Gleichzeitig beauftragte das Verfassungsgericht den Gesetzgeber, die Besoldung bis spätestens zum Jahresende 1999 anzupassen. Für den Fall, dass dies nicht geschieht, ermächtigte die Verfassungsrichter nach Angaben von Dürr die Verwaltungsgerichte, den Beamten diese Ansprüche in „gesetzesreformatorischer Rechtsprechung“ zuzugestehen.

Genau diese Vorgabe setzt das Verwaltungsgericht nun um. Nach Angaben von Gerichtssprecherin Christine Warnemünde steht den betroffenen Beamten für die fünf Jahre von 2000 bis 2004 eine Gesamtsumme zwischen 2 000 und 3 000 Euro zu. Sollte der Bundesgesetzgeber nicht doch noch einlenken, müssten die betroffenen Beamten künftig regelmäßig vor den Kadi ziehen, um ihre Ansprüche geltend zu machen.

Das für den gesamten Regierungsbezirk Karlsruhe zuständige Verwaltungsgericht verfügt derzeit noch über 36 volle Richterstellen, muss aber als Folge der Sparprogramme des Landes jährlich etwa eine Stelle einsparen. Dieser Personalabbau gefährde die Funktionsfähigkeit des Gerichts, sagte Dürr. Im Moment müsse jeder Richter pro Jahr durchschnittlich 270 Verfahren bewältigen. Umgerechnet auf den Arbeitstag seien dies 1,3 Verfahren.

Das Porträt

Der Landkreis Freudenstadt: unbegrenzte Möglichkeiten in intakter Natur

Es bedarf keiner großen Worte, um den Landkreis Freudenstadt zu schildern; die Tatsachen sprechen für sich. Von den 1.100 m hohen Bergen entlang der Schwarzwaldhochstraße im Westen bis zur Weitenburg über dem Neckartal im Osten, von Seewald im Norden bis Bad Rippoldsau-Schapbach und Alpirsbach im Süden erstreckt sich der Landkreis Freudenstadt. Murg, Kinzig, Wolf und Neckar, Eyach und Glatt sowie Waldach durchfließen ihn in tief eingeschnittenen Tälern.

Der Landkreis Freudenstadt ist landschaftlich und klimatisch sehr vielseitig. Während 62,5 % des Kreises von Wald bedeckt sind und Höhenlagen zwischen 600 und 1.150 m aufweisen, liegt das Gebiet um Horb deutlich tiefer und geht mehr und mehr in eine offene Landschaft über.

Mit seiner Gemarkungsfläche von 87.065 Hektar liegt er an 17. Stelle unter den Landkreisen in Baden-Württemberg, mit seinen 122.500 Einwohnern nimmt er nach der Einwohnerzahl jedoch nur den 34. Rang unter den 35 Landkreisen ein. Der Landkreis ist dünn besiedelt und 18 Naturschutzgebiete, 39 Landschaftsschutzgebiete und unzählige Quellen, Flüsse, Wasserfälle, Geschichts- und Naturpfade belegen, dass man im Landkreis Freudenstadt am "Busen der Natur" lebt.

Landschaft, Klima, Kultur und Gastlichkeit sind die Grundlagen der erfolgreichen Fremdenver-



Der Marktplatz in Freudenstadt mit seinen Fontänen ist Treffpunkt für Jung und Alt

kehrsentwicklung im Landkreis Freudenstadt: Im Jahr 2003 wurden über 400.000 Besucher und Kurgäste im Landkreis empfangen und 2,19 Mio. Übernachtungen gezählt. Damit ist er einer der größten Tourismuskreise in ganz Baden-Württemberg.

Ob Alt oder Jung, ob es sich um Alleinreisende, Paare oder Familien mit Kindern handelt, in der Ferienlandschaft des Landkreises findet jede Gästegruppe ein breit gefächertes Angebot an Erholungsmöglichkeiten. Dafür bürgen Namen wie Baiersbronn mit seinen Teilorten im oberen Murgtal, Freudenstadt, Bad Rippoldsau-Schapbach, Loßburg, Alpirsbach, Pfalzgrafenweiler, Waldachtal und Seewald. Wer Ruhe sucht, gute Luft, klares Wasser in Bächen und Seen, Naturerleben und Romantik, ist im Kreis Freudenstadt ebenso am richtigen Platz wie der, der Wert auf gute Unterhaltung, sportliche Betätigung, gepflegte Gastlichkeit legt. Der Heilung dient das Mineral- und Moorheilbad Bad Rippoldsau, der heilklimatische Kurort Freudenstadt, drei Kneippkurorte (Freudenstadt, Schwarzenberg, Schönmünzach), 22 Luftkurorte und 19 Erholungsorte sowie zahlreiche Kurbetriebe unter ärztlicher Leitung.

Die Gemeinden und das Hotel- und Gaststättengewerbe haben große Anstrengungen unternommen, um Erholungspotenziale für den Gast zu erschließen, ohne die natürlichen Gegebenheiten zu zerstören. Jahr für Jahr treten neue Einrichtungen hinzu, wird das Dienstleistungs- und Unterhaltungsprogramm der Kurverwaltungen und Verkehrsvereine weiter ausgebaut. Besonders hervorzuheben ist die Gastronomie des Kreises. Ihrer Initiative, ihrer Anpassungsfähigkeit an die Entwicklung und die Gästewünsche sowie ihrer überdurchschnittli-

chen Leistungsfähigkeit ist die Spitzenstellung des Kreises im baden-württembergischen Fremdenverkehr zu verdanken. Ein hervorragender Durchschnitt und international anerkannte Spitzenbetriebe prägen das Bild der an Tradition und Fortschritt gleichermaßen orientierten Gastronomie.

Die Möglichkeiten, den Aufenthalt im Landkreis Freudenstadt zu gestalten, sind vielfältig. Man kann in derben Wanderschuhen stundenlang auf Höhenwegen marschieren oder in gepflegten Kurparks spazieren gehen; man kann ein volkstümliches Bierfest mit Blasmusik besuchen, den Klängen eines Kurorchesters lauschen oder in hervorragend ausgestatteten Wellness-Bereichen die Seele baumeln lassen.

Dem sportlich aktiven Gast bietet der Landkreis Freudenstadt annähernd unbegrenzte Möglichkeiten: 1.100 km markierte Spazier- und Wanderwege sowie noch einmal so viele Rundwanderwege laden zum Wandern ein. Besondere Highlights für passionierte Wanderer sind die Höhenwege des Schwarzwaldvereins. Westweg (Pforzheim - Basel), Mittelweg (Pforzheim - Waldshut) und Ostweg (Pforzheim - Schaffhausen) durchziehen den Landkreis, aber auch der Gäurandweg am Ostrand des Schwarzwaldes entlang gewähren auf herrlichen Wegen wunderbare Ausblicke in die Gäulandschaft und auf den Schwarzwald. Dem Sonntagnachmittags-Spaziergänger seien die 35 thematisch orientierten Erlebnispfade empfohlen. Der spektakulärste unter ihnen ist der Lotharpfad an der Schwarzwaldhochstraße: hier hat Sturm "Lothar" tiefe Spuren hinterlassen, und es ist zu gut zu sehen, wie die Natur seine Wunden wieder heilt. Außerdem bietet sich von dort



Auch ländliche Idyllen gibt es im Landkreis Freudenstadt noch zu sehen



Der Landkreis Freudenstadt: ein Paradies für Radfahrer und Wanderer

bei klarem Wetter ein atemberaubender Blick über das Rheintal bis zu den Vogesen.

Große Aufmerksamkeit wird dem Radwegenetz im Landkreis geschenkt. Neben den drei Landesradwegen Heidelberg - Schwarzwald - Bodensee, Neckartalweg und Schwarzwaldradweg kann die Natur auf 1.000 km ausgeschilderten Radwegen erkundet werden. Gemütlichere Ausflüge mit dem Fahrrad sind auf der "Tour de Murg" von Freudenstadt nach Rastatt oder im Neckar-Erlebnis-Tal sowie auf dem Kinzigtalradweg möglich. Für sportliche Tourenradler und Mountainbiker bietet der neue Schwarzwälder Höhenradweg von Maulbronn nach Freudenstadt eine vielfältige Landschaftserlebnistour, wobei die Route höhere konditionelle Anforderungen an die Radler stellt, wenn die Strecke von Norden nach Süden befahren wird.

Von Juni bis September bietet die Waldschule ein besonderes Angebot für Gäste und Einheimische: ein attraktives Veranstaltungsangebot rund um den Wald in 11 Städten und Gemeinden. Dabei kann dem Holzfäller über die Schulter geschaut oder selbst Holz gefällt werden und die Geheimnisse der alten Waldarbeiter wie Köhler und Harzsammler und vieles mehr über den Wald erfahren werden.

Der Landkreis Freudenstadt ist Mitglied im Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord, dem mit einer Fläche von über 370.000 Hektar größten Naturpark Deutschlands. Eigens ausgebildete Schwarzwald-Guides bieten individuelle Touren an, bei denen das Mitmachen und Erleben im Vordergrund steht. Mit den Schwarzwald-Guides kann man sportlich per Mountainbike, auf Nordic-Walking-Strecken oder auf Skiern, romantisch mit Pferden, Lagerfeuer und Morgenerwachen im Wald, bequem mit dem Bus oder kulinarisch mit deftigem Vesper oder Feinschmecker Menü den Schwarzwald erleben.

Aber nicht nur das Freizeitangebot für Touristen und Einheimische kann sich sehen lassen: auch das kulturelle Angebot glänzt mit Highlights wie dem Schwarzwald-Musikfestival, den Alpertsbacher Kreuzgang-Konzerten, Leseabenden und Tournée-Theater.

Der hohe Stellenwert des Fremdenverkehrs findet seinen Niederschlag auch in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Handel,

Gastgewerbe und Verkehr bieten 22 % der Erwerbstätigen Arbeit. Im Dienstleistungssektor sind 27 % aller Arbeitnehmer des Landkreises beschäftigt. Die meisten Erwerbstätigen arbeiten jedoch in der Industrie mit überwiegend mittelständischen Betrieben, und ein großer Teil der Arbeitnehmer findet Beschäftigung im angrenzenden Wirtschaftsraum "Mittlerer Neckar".

Die lange Tradition der gewerblichen Wirtschaft sowie der Fleiß der Menschen im Landkreis Freudenstadt bilden die Grundlage für die heute vorhandenen hoch spezialisierten Betriebe im verarbeitenden Gewerbe. Waren es in früheren Jahrhunderten der Silberabbau, die Gewinnung von Kobalt sowie das Hüttenwesen, die Herstellung von Glas und Verarbeitung von Holz, so sind es heute die mittel-

ständischen Betriebe im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Holzbe- und -verarbeiten sowie in der kunststoffverarbeitenden Industrie. Die breit gefächerte Produktpalette, die stets den innovativen Vorsprung erkennen lässt, hat den Landkreis Freudenstadt zu einem ausgeglichenen Wirtschaftsraum gemacht, obwohl dieser Raum aufgrund der topographischen Verhältnisse und der schwierigen Verkehrsverbindungen erhebliche Nachteile verkraften muss. Bemerkenswert ist die hohe Exportquote des verarbeitenden Gewerbes. Damit liegt der Landkreis Freudenstadt seit Jahren an vorderer Stelle in der Region Nordschwarzwald.

Fazit: wir leben und arbeiten, wo andere Urlaub machen und laden Sie herzlich ein, uns im Landkreis Freudenstadt zu besuchen.



Brücke über den Neckar bei Horb



Die Möchhofsägmühle in Vesperweiler: ein lebendes Kulturdenkmal

Neues von den Hochschulen

Fachhochschule Kehl

"Wir wollen dieses Kapital zur Bank tragen"

Vierter MPA-Dozentenworkshop so gut besucht wie noch nie!

Schon allein durch die Akkreditierung unseres Masterstudienganges "Europäische Verwaltung - EU" im vergangenen Herbst gebietet es sich, die MPA-Dozenten auf dem neuesten Stand der Hochschuldidaktik zu halten. Hierzu hatte Studiengangleiter Prof. Dr. Franz Thedieck zum MPA-Dozentenworkshop am 20. und 21. Januar in die Hochschule Kehl eingeladen. "Wir wollen das Kapital, das Sie uns zur Verfügung stellen, zur Bank tragen!", eröffnete er den Workshop. "Nicht etwa zur Sparkasse oder Volksbank, sondern zur Blutbank!" Ziel des Workshops war es, das "Blut aufzufrischen", den Lehrenden neue Ideen und neue Motivation mitzugeben - vor allem im Hinblick auf das neue Modulhandbuch und die zunehmende Internationalisierung des Studienganges. Der Jahrgang 2004 vereinigt Studierende aus der ganzen Welt: Studierende aus China, Bolivien, Polen, Mexiko, Georgien, aus der Mongolei und natürlich aus Deutschland ergeben den diesjährigen interkulturellen Mix.

Es stand ein vielfältiges Programm auf der Tagesordnung: von der interaktiven Lehrveranstaltung über den Advanced Organizer ging es zum problemorientierten Lernen. Dabei hatten die Teilnehmenden alle Hände voll zu tun: zum einen wurde u.a. ein Einstiegsbeispiel für den Unterricht erarbeitet mit dem Ziel, möglichst alle Studierenden in kürzester Zeit "ins Boot zu holen" und gleichzeitig auf ein gemeinsames Level zu bringen. Zum anderen mussten aber auch fünfzeilige Krimis erfunden werden, anhand derer verschiedene Problemlösungsschritte erarbeitet wurden.



Die Seminarleiterin:
Dr. Veronika Strittmatter-Haubold

Das Stimmungsbild war eindeutig: "wie eine Frischzellenkur" empfanden es die Teilnehmer, wieder einmal eine "tolle Abwechslung zur Arbeit" zu haben. Die erlernten Methoden möchte eine Dozentin verwenden wie Blumen: "Je nach Bedarf pflücke ich mir hier eine und da eine andere, und so kommt zum Schluss ein toller Blumenstrauß heraus!" Die Referentin Dr. Veronika Strittmatter-Haubold hat somit wieder einmal erreicht, dass es fruchtbare und anregende Diskussionen unter den Dozenten gab und dass diese versuchen werden, nicht nur Lehre als traditionelles Wissen zu vermitteln. "Es geht ja um die Studierenden, dass die sich wohl fühlen!" Konkrete Themenvorschläge für den nächsten Workshop gibt es auch schon. Unter anderem stehen Moderation und exemplarisches Lernen auf dem Konzept. Nachdem der "Werkzeugkoffer wieder gefüllt" wurde, wird es für den MPA kein Problem sein, "die Lehre anspruchsvoll und abwechslungsreich zu gestalten", freut sich Prof. Dr. Thedieck. In diesem Sinne "frohes Lernen" und bis zum nächsten Workshop im Januar 2006.

Manuela Habiger

Beginn des 2. Semesters des Masterstudienganges "Master of European Public Administration" (MPA)



Rektor Prof. Hans-Jürgen Sperling hieß die Masterstudierenden herzlich an der Hochschule Kehl willkommen.

An der Hochschule Kehl wurde am 1. März der Kehler Studienabschnitt des gemeinsamen Studienganges der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg "Master of European Public Administration" (MPA) eröffnet. Rektor Prof. Hans-Jürgen Sperling und Prorektor Prof. Paul Witt hießen die Masterstudierenden herzlich willkommen. Studiengangleiter Prof. Dr. Franz Thedieck stellte das Besondere dieses vierten Jahrgangs heraus: die internationale Besetzung. Der sehr gute Ruf des akkreditierten Studienganges ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus gedrungen und hat Studierende aus Bolivien, Polen, Georgien, China und aus der Mongolei angezogen. Um der zunehmenden Internatio-

nalisierung gerecht werden zu können, fand im Januar 2005 ein didaktischer Workshop für die MPA-Dozenten statt, der regen Zulauf besonders von den nebenamtlichen Dozenten gefunden hatte.

Im Unterschied zum ersten Semester an der Schwesterhochschule Ludwigsburg unterrichten in Kehl hauptsächlich Praktiker. Es wird großer Wert darauf gelegt, dass die Studierenden einen unmittelbaren Eindruck davon bekommen, was im Bezug auf Europa in der Verwaltung geschieht. Hierzu scheut die Hochschule keine Mühen, praxiserfahrene nebenamtliche Dozenten zu gewinnen. Schließlich ist es Ziel des Studienganges, Topkräfte für Spitzenpositionen auszubilden. Die Studierenden werden sehr viel Disziplin für den Lernprozess benötigen und "bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit" kommen, bereitete Thedieck die Zweitsemester auf ihren Aufenthalt in Kehl vor. Natürlich wird auch die soziale Komponente nicht zu kurz kommen. So sind verschiedene Studienreisen nach Schweden oder Brüssel geplant.

Manuela Habiger

Bücher

Ausflugsziel Schwäbisch-Fränkischer Wald

Dieter Buck

168 Seiten, 126 Farbfotos und farbige Karten, kartoniert, 14,90 €
Silberburg-Verlag, Tübingen

Der Schwäbisch-Fränkische Wald ist eines der abwechslungsreichsten Naherholungsgebiete der Region Stuttgart. Der kleine Bruder des Schwarzwalds weist nicht nur dunkel-wilde Forstgebiete auf, sondern hat auch eine heitere Note, denn vor allem an seinem Rand findet man Obstbaumwiesen und Weinberge. Dieter Buck führt uns auf 22 Wanderungen und Radtouren zu Mühlen, zu geheimnisvollen Schluchten, Wasserfällen, urtümlichen Felsformationen und Tobeln. Wanderer finden in diesem Naturpark und in angrenzenden Gebieten eine seltene Flora und Fauna. Wer gerne seine Ausflüge mit einer Fernsicht krönt, besteigt einen der Aussichtstürme wie den Hagberg- oder den Juxkopfturm. Für jene, die lieber einen Sommertag an einem Badensee verbringen, bieten sich zahlreiche Möglichkeiten. Kulturfreunde besuchen eines der vielen Museen, vom Freilandmuseum in Wackershofen bis zum Turmuhrenmuseum in Mainhardt. Die Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten entlang der Wander- und Radstrecken und Stadtrundgänge durch Backnang, Gaildorf, Murrhardt, Öhringen und Schwäbisch Hall, Welzheim und Winnenden werden ausführlich erklärt.

Ergänzt werden die Wanderungen und Radtouren jeweils durch detaillierte Karten auf der Basis der topographischen Karten des Landesvermessungsamtes, durch Tourensteckbriefe und Hinweise auf Rast-, Grill- und Einkehrmöglichkeiten. Viele stimmungsvolle Fotos machen Lust, dieses herrliche Gebiet zu erforschen.

Fachhochschule Ludwigsburg

Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng zu Gesprächen an der HVF Ludwigsburg



Beim Gespräch: Rektor Prof. Goller, Prof. Ziegler, Ralf Zimmermann und Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng (v.l.n.r.)

Der neue Verbandsvorsitzende Wolfgang Steng stattete am 18. Januar 2005 auf Einladung von Rektor Prof. Goller der HVF Ludwigsburg seinen Antrittsbesuch ab. Begleitet wurde er von den Vorstandsmitgliedern Ralf Zimmermann und Prof. Eberhard Ziegler.

In dem über einstündigen Gespräch, an der auf Seiten der HVF auch Prorektor und Verbandsmitglied Prof. Dr. Hopp teilnahm, wurden in einer weiten Tour d'horizon alle aktuellen Fragen rund um die Ausbildung und das Studium zum Diplomverwaltungswirt thematisiert.

Weitgehende Übereinstimmung herrschte zwischen den Beteiligten in den Fragen der Ausbildungsreform. Wolfgang Steng legte insbesondere dar, dass die Ausbildung zum Diplomverwaltungswirt weiter an Attraktivität gewinnen müsse, um im Prozess der Einführung neuer Studiengänge und -abschlüsse nicht hinter anderen Studiengängen zurückzubleiben. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass der hohe Standard der Ausbildung weiter erhalten bleiben müsse.

Mit großem Interesse wurden auch die Fragen der geplanten Reform des Beamtenrechts aufgrund des zwischen DBB Bundesvorsitzenden Peter Heesen, Frank Bsirske (ver.di) und Bundesinnenminister Otto Schily vereinbarten gemeinsamen Eckpunkte-papiers erörtert. Beide Seiten waren sich einig, auch in diesem zentralen Bereich zukünftig engen Gesprächskontakt zu halten.

Ein besonderes Anliegen der Vorstandsvertreter des VdV war schließlich die Stellensitu-

ation der Fachhochschulabsolventen. Während noch zu Beginn des Jahrtausends die Absolventen keine Probleme hatten, eine angemessene Beamtenstelle zu finden, hat sich die Lage im letzten Jahr deutlich verschlechtert. Zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfungen im September 2004 hatten nur rund 50 % der Absolventen der beiden Fachhochschulen in Ludwigsburg und Kehl eine Stelle gefunden. Auch wenn in der Folgezeit noch weitere Stellen angeboten wurden, so haben doch die schlechtere finanzielle Situation der Kommunen und die Verwaltungsreform zu einem erheblichen Rückgang der Stellenangebote geführt.

Seitens der Fachhochschule wird diese Entwicklung ebenfalls mit großer Sorge wahrgenommen. Rektor Prof. Goller sieht allerdings nur in geringem Umfang Möglichkeiten, dem aktiv entgegenzuwirken. So stellte er z.B. in Aussicht, durch Vermittlung von Zusatzqualifikationen (z.B. im Grundstücks- und Mietrecht) die Chancen der Absolventen auf dem Stellenmarkt zu verbessern.

In dieser für unsere jungen Verbandsmitglieder schwierigen Situation appelliert der Vorstand des Verbands der Verwaltungsbeamten an alle Mitglieder, die im Personalbereich Verantwortung tragen, jede Möglichkeit auszuschöpfen, um den jungen Diplomverwaltungswirtinnen und Diplomverwaltungswirten einen Arbeitsplatz anbieten zu können. Wir sind es den jungen Kolleginnen und Kollegen schuldig, alles zu tun, um ihnen eine Perspektive für eine berufliche Zukunft in der Verwaltung zu eröffnen. Prof. E. Ziegler

Exkursion der HVF-Studierenden nach Brüssel

Über 70 Studierende der FH Ludwigsburg nahmen an einer seminaristischen Exkursion nach Belgien teil. Das Gros der Teilnehmer bildeten 40 Studierende der HVF aus dem Fachbereich IV, die im Verlauf des Grundstudiums am Wahlpflichtfach "Europa und Umsatzsteuer" teilgenommen hatten und jetzt die europäische Hauptstadt aus nächster Nähe kennen lernen sollten. Die Reisegruppe wurde ergänzt von weiteren Studierenden aus sämtlichen Fachbereichen der HVF. Geleitet wurde die Exkursion von Professor Kies und Professorin Volk, beide aus dem FB IV.

Bereits am Nachmittag des Ankunftstags konnten wir die die Vertretung des Landes Baden-Württemberg besuchen - zum ersten Mal in den neuen Räumlichkeiten der Landesvertretung in der Rue de la Loi, unmittelbar im Herzen des EU-Viertels. Christoph Weber, Referent des baden-württembergischen Finanzministeriums, führte die Reisegruppe in die Aufgaben der Landesvertretung ein und gab einen eindrucksvollen Überblick über deren Tätigkeitsfelder. Der frühe Abend führte die Studierenden bei einem gemeinsamen Spaziergang durch die Brüsseler Innenstadt zum Grand Place und dem Manneken Pis.

Der Samstag wartete mit einem weiteren Highlight der Exkursion auf: Ausgelöst durch die Versuche, die Partnerschaft mit der Hogeschool Gent wieder mit Leben zu erfüllen, stattete die Reisegruppe Gent einen Besuch ab. Dabei erörterten die Professoren mit ihren belgischen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeiten eines gemeinsamen Seminars beider Hochschulen. Am Nachmittag hatte die Hochschule Gent für die Reisegruppe mehrere Stadtführer engagiert, die ihre Heimatstadt vorstellten. Wir bestiegen Türme, besichtigten Kirchen, und bei einer Grachtenrundfahrt sahen wir das mittelalterliche Stadtbild vom Wasser aus.



Da die Innenstadt von Brüssel in Kleingruppen bereits erkundet war, konnte bei der Stadtrundfahrt am Sonntag dem Europa-Viertel und den Außenbereichen von Brüssel besondere Beachtung geschenkt werden. Erster Stopp der Stadtrundfahrt war an der Basilika von Kokelberg, von deren Turm aus ein herrlicher Blick über die Stadt Lohn für den mühsamen Aufstieg war. Weitere Stationen der Stadtrundfahrt waren die Gebäude

der EU - das Berlaumont als Sitz der Kommission, das Consilium als Sitz des Rates und das Gebäude des Parlaments.

Am Montag sollte die Reisegruppe eigentlich an einen Vortrag bei der Steuerabteilung der EG-Kommission teilnehmen. Aufgrund Abstimmungsschwierigkeiten zwischen dieser und dem Besucherdienst fiel der Besuch bei der EG-Kommission leider "ins Wasser" und man war gezwungen kurzerhand das Programm zu wechseln. Dank tatkräftiger Hilfe des ehemaligen MPA-Absolventen Peter Marek konnte eine Besichtigung des Justizpalastes angeboten werden. *Prof. Dieter Kies*

Workshop mit EIPA/CEFASS

Das European Training Centre for Social Affairs and Public Health Care (EIPA/CEFASS) in Mailand und die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen veranstalteten gemeinsam im März in Ludwigsburg in englischer Sprache ein internationales Seminar über "Benefits and Facilities, Public and Private Initiatives for Disabled Persons in the EU".

Vertreter aus Irland, Spanien, Italien, Polen, vom Klinikum, Gesundheitsamt und Schulamt Ludwigsburg sowie vom Kommunalverband Jugend und Soziales nahmen an dem Workshop teil. Sie wurden begrüßt von Rektor Prof. Jost Goller, Präsident Prof. Alberto Barzanò und Landrat Dr. Rainer Haas.

Zunächst präsentierten Schüler/-innen der Sonderschule Gröninger Weg in Bietigheim-Bissingen unter der Leitung von Herta Schmidt ihre Kunstobjekte, die durch ihre Originalität und Farbigkeit erfreuten und das Ambiente im Senatssaal belebten und verschönten. Anschließend referierte Dr. Michele Tringali über "EU perspectives for disabled persons after the European Year of People with Disabilities" und Christine Engelhardt vom Sozialministerium Baden-Württemberg über "Policies and regulations for disabled persons in Germany and Baden-Württemberg". Ein Beitrag von Klaus Wenz vom Kultusministerium Baden-Württemberg befasste sich mit den schulpolitischen Zielen und der Politik für behinderte Kinder. Die Vortragsreihe, der sich eine rege Diskussion anschloss, wurde beendet mit einem Bericht von Prof. Alberto Barzanò über die Behindertenarbeit in der Lombardei. In der Stiftung Karlshöhe wurden die Teilnehmer/-innen von Direktor Pfarrer Frieder Grau begrüßt, der auch die Einrichtungen und Leistungen für geistig und körperlich behinderte Menschen vorstellte. Ein Rundgang durch die ausgedehnten Anlagen auf der Karlshöhe in Ludwigsburg und Gespräche mit Behinderten gaben einen guten Einblick in die Arbeit dieser karitativen Institution der evangelischen Kirche.

Ergänzend zu dem visuellen und plastischen Eindruck durch die Präsentation der Kunstwerke zu Beginn des Seminars wurden die Teilnehmer/-innen am zweiten Tag in der Sonderschule am Favoritepark von der

Brenz-Band musikalisch begrüßt und in Stimmung gebracht. Die gute Atmosphäre in dieser Schule für Behinderte und das Engagement von Rektor Horst Tögel und seinem Lehrerteam beeindruckten die ausländischen Gäste tief. Sie empfanden auch den Umgang mit den Schüler/-innen und die Einrichtung der Schulräume und Werkstätten als vorbildlich. Dies kam auch in der Diskussion mit Landrat Dr. Rainer Haas, Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Präsident Prof. Alberto Barzanò und Prorektorin Gnazi, die vom Projektleiter, Prof. Ernst Lober, moderiert wurde, zum Ausdruck. Der interessante Informations-, Erfahrungs- und Meinungsaustausch über die Einrichtungen und Leistungen führte zu einem guten Vergleich über die Organisation, Träger und Finanzierung dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe in verschiedenen EU-Ländern.



Landrat Dr. Haas im Gespräch mit Prorektor Prof. Hopp und Prof. Lober

Nach diesem erfolgreichen Start der Kooperation mit EIPA/CEFASS ist die HVF optimistisch für die nächste Veranstaltung zum Thema "Free movement of Persons in the EU - Aspects related to Labour, Social and Tax Law". *Prof. Ernst Lober*

Der Mensch

Der Mensch trat auf
- längst nicht mondän -
zuerst im ält'ren Pleistozän.
Ein Abbild Gottes evident,
liest man im Alten Testament.
Wie er sich dann entwickelt hat,
das steht auf einem andern Blatt.
Er fühlt sich Gott gleich, als "das Licht",
doch Vorsicht, denn das ist er nicht!
Trotz Abitur und Studium -
als Gottes-Abbild viel zu dumm!
Mit Dokortitel(n), weit geist -
er ist und bleibt ein kleiner Geist.
Beherrscht er auch den Weltenraum
(so meint er), reicht er damit kaum
- als Zwerg des kleinen Erdenballs -
zum Anfangspunkt des weiten Alls.
Ohnmächtig gegen Krankheitsnot,
stirbt er gar einen frühen Tod.
Der Mensch, ein armer kleiner Wicht -
im Mose-Buch stimmt wohl was nicht.
Ihr kommt nicht um die Pflicht herum:
Schreibt endlich euren Mose um!

E. Frost

Seminare

Seminar Frauen-Spezial Recht, Strategie und Wohlfühlen

- Ein langes Wochenende für die sportliche und berufliche Fitness -

Das Seminar des VdV für Frauen, die noch mehr aus sich herausholen wollen.

Vermittelt werden:

- ◆ Grundlagen der Kommunikation, des Besprechungsmanagements und der Arbeitsorganisation
- ◆ Aktuelles Personalrecht: insbesondere Elternzeit, Teilzeit, Beurlaubung
- ◆ Systematik und Beeinflussbarkeit von Stellenbeschreibung und Stellenbewertung
- ◆ Praktische Übungen zur Körperwahrnehmung, zur Entspannung und zur persönlichen Fitness

Start: Freitag, 29. Juli 2005, um 15 Uhr mit dem Begrüßungskaffee
Ende: Sonntag, 31. Juli 2005, um 13 Uhr mit dem Mittagessen

Seminarort: Die wunderschön gelegene Sportschule Steinbach bei Baden-Baden

Das Seminar ist so terminiert, dass Sie noch einen Besuch in der mondänen Bäderstadt Baden-Baden, den dortigen Caracalla-Thermen oder im Spielcasino machen können.

Referent/in: Birgit Baumann, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters der Stadt Heidenheim, ständige Referentin in der Erwachsenenbildung

Klaus Nunn, Leiter des Haupt- und Personalamts der Stadt Emmendingen, langjähriger Übungsleiter für Freizeit- und Herzsport

Teilnahmegebühr: 80 €

Vollpension im Zweibett-Zimmer mit Dusche/WC

Auf Wunsch Einzelzimmer: Zuschlag 10 € je Nacht

Bringen Sie bitte mit: Leichte Sportkleidung, Hallensportschuhe, Badesachen, Schreibutensilien.

Anmeldung bitte an die Geschäftsstelle des Verbands der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V., Panoramamaße 27, 70174 Stuttgart Fax 0711 2263280, Telefon 0711 2263262, E-Mail: info@vdv-bw.org

Umschau im Land

Kurstreffen der Klassen A 72 und I 72 in Bräunlingen

30 Jahre nach der Staatsprüfung trafen sich auf Einladung von Jürgen Guse, in der dritten Amtsperiode Bürgermeister von Bräunlingen, einige Absolventen/-innen des damaligen zweiten Jahrgangs an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Stuttgart.

Wir begannen mit einem gemütlichen Beisammensein am Abend des 26. November 2004, bei dem die Stunden mit Erlebnissen jedes Teilnehmers, darunter zwei Kolleginnen, wie im Fluge vergingen. Nach einem gemeinsamen Frühstück am Samstagmorgen empfing uns Jürgen Guse im Ratssaal des Rathauses der alten Zähringerstadt Bräunlingen, einem staatlich anerkannten Erholungsort im Bregtal im Naturpark Südschwarzwald nahe Donaueschingen.



Nach einem Einblick in die Geschichte der Stadt sowie ihre kommunalen Einrichtungen und Aufgabenfelder war einiges davon bei einem Stadtrundgang durch Bräunlingen mit seiner noch gut sichtbaren historischen Prägung zu sehen. Das abschließende Mittagessen gab Gelegenheit, die Vorzüge der badischen Küche zu genießen. Kein Wunder also, dass im Kollegenkreis Einigkeit darüber bestand, dass wir bleibende Eindrücke mit nach Hause nehmen würden.

Nachdem seit dem letzten Treffen in Stuttgart etwa 13 Jahre vergangen waren, soll das nächste nicht mehr so lange auf sich warten lassen. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, deren Adressen wir nicht ausfindig machen konnten, seien auch auf diesem Wege angesprochen, sich zu melden.

Karl-Heinz Lampmann

Leitspruch des Monats:

Sage nicht alles, was du weißt, aber wisse immer, was du sagst!

Matthias Claudius

Bezirksverband Freiburg

Der Vorsitzende des Beamtensyndikats Volker Stich in Emmendingen

Der Bezirksvorsitzende Klaus Nunn aus dem Regierungsbezirk Freiburg und Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng laden alle Mitglieder zu einer Bezirksversammlung nach Emmendingen ein.

Sie findet am

Donnerstag, den 2. Juni 2005 um 16.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses in Emmendingen

statt.

Seinen besonderen Reiz hat diese Veranstaltung durch die Teilnahme des Vorsitzenden des Beamtensyndikats Baden-Württemberg, Volker Stich, der zu brennenden aktuellen Fragen, die uns Beamte im Land beschäftigen, Stellung nehmen wird.

Vor der Bezirksversammlung führt der Verbandsvorstand seine zweite Sitzung in diesem Jahr durch. Deshalb wird der Verbandsvorsitzende Wolfgang Steng bei der Mitgliederversammlung die anwesenden Kolleginnen und Kollegen brandaktuell über die Arbeit des Verbandes informieren können.

Deshalb lohnt es sich am Donnerstag, den 2. Juni 2005 in das Rathaus nach Emmendingen zu kommen. Nutzen Sie diese einmalige Gelegenheit!

(Übrigens: für eine Erfrischung ist gesorgt und Speckwecken gibt es auch - kostenlos.)

Kreisverband Bodenseekreis

Einladung zur Kreisversammlung

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere diesjährige Kreisversammlung werden wir in Immenstaad durchführen. Ich lade Sie deshalb sehr herzlich zu dieser Veranstaltung auf

Donnerstag, 12. Mai 2005, 16.30 Uhr

nach Immenstaad, in den Bürgersaal des Rathauses, Dr.-Zimmermann-Str. 1, ein.

In Abstimmung mit meinen Vorstandskollegen schlage ich Ihnen folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Rückblick
2. Vortrag unseres Verbandsgeschäftsführers Harald Gentsch über Zielvorstellungen unserer Verbandsarbeit sowie aktuelle Berichterstattung aus der Berufspolitik

3. Ehrungen
4. Neuwahlen
5. Verschiedenes

Ich bin Herrn Harald Gentsch dankbar, dass er uns als Referent zur Verfügung steht. Freuen würde ich mich, Sie bei unserer Kreisversammlung begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichem Gruß
Peter Männer

Kreisverband Rems-Murr

Einladung zur Kreisversammlung

Zur diesjährigen Kreisversammlung treffen wir uns am Montag, 27. Juni 2005, um 17.30 Uhr im neuen Feuerwehrmuseum Winnenden, direkt beim Bahnhof.

Ehrenkommandant Helmut Pflüger führt uns durch das Museum. Um 19 Uhr beginnt dann die Kreisversammlung, zu der Harald Gentsch, Geschäftsführer des VdV, sein Kommen zugesagt hat. Bitte Termin vormerken!

Maria-Luise Schäfer-Gruler

Kreisverband Schwarzwald-Baar-Kreis

Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng nützte die Osterurlaubstage, um dem Schwarzwald-Baar-Kreis einen Besuch abzustatten. Dort traf er auch den Bürgermeister der Stadt Vöhrenbach, unseren Kollegen Robert Strumberger.

Dieser war früher u.a. auch Personalratsvorsitzender im Landratsamt Villingen-Schwenningen. Die Erörterung wichtiger verbandspolitischer Fragen standen dabei im Vordergrund. Gleichzeitig konnte Kollege Strumberger auch voller Stolz auf die "Erfolgsstory" der Linachtalsperre hinweisen.



Bürgermeister Robert Strumberger mit Verbandsvorsitzendem Wolfgang Steng vor der Linachtalsperre

Kreisverband Stuttgart

Veranstaltungsprogramm

Weinbergwanderung in Hedelfingen

zum Thema "Traditionelle Trockenmauer-Weinberge: Ökologische Funktion - Mauerbau - Bewirtschaftung"

mit anschließender Weinprobe im Mustergarten des Obst- und Gartenbauvereins am Freitag, 13. Mai 2005, um 14 Uhr, Treffpunkt an der Stadtbahnhaltestelle Hedelfinger Straße (U9 oder U13)

Der Weinbau hat in Stuttgart eine sehr hohe Bedeutung. So ist nicht nur die Landeshauptstadt Stuttgart die einzige, die über ein eigenes Weingut verfügt, Stuttgart selbst wird als "Stadt zwischen Wald und Reben" bezeichnet. Im Rahmen einer Veranstaltung im Jahre 2004 war im Weinbaumuseum Uhlbach viel Wissenswertes und Interessantes über den Weinbau in den flurbereinigten Reblagen zu erfahren.

Mit unserem jetzigen Veranstaltungsangebot soll nun ein Augenmerk auf die Besonderheiten des einzigartigen, historischen Schatzes der Stuttgarter Trockenmauer-Weinberge gerichtet werden, die nach den großflächigen Rebflurbereinigungen der 1970er Jahre als kostbare Rarität bezeichnet werden können. Unsere Wanderung beginnt an der Haltestelle Hedelfinger Straße (ehemals Kodak). Von dort führt unser Weg über die Wangener Höhe zur "Haumeisterklinge", einem historischen Trockenmauergebiet. Es ist als Kulturdenkmal und als Naturdenkmal ausgewiesen, die Natursteinmauern sind besonders geschützte Biotope. Herr Bücheler, der Inhaber eines im Trockenmauerbau versierten Landschaftsbauunternehmens, Herr Wießmeyer (2. Vorsitzender des OGV und Vertreter der Weingärtnergenossenschaft) sowie Herr Dr. Paul, im Amt für Umweltschutz zuständig für ökologische Grundlagen, werden uns begleiten und kompetent zur Seite stehen.

Im Anschluss an diese Wanderung ist eine kleine Weinprobe der Hedelfinger Weingärtnergenossenschaft im nahe gelegenen Mustergarten des Obst- und Gartenbauvereins vorgesehen. Bei unsicheren Wetterverhältnissen findet diese im Kelterstüble statt.

Bitte beachten Sie, dass unser Angebot zwar keine sportlichen Höchstleistungen verlangt, jedoch gleichwohl eine gewisse Freude an der Bewegung im Freien und gutes Schuhwerk erfordert. Es würde uns sehr freuen, wenn Sie unser Angebot interessiert und Sie sich anmelden. Für die Weinprobe bitten wir Sie vor Ort um eine kleine Spende.

Peter Launer, Kreisvorsitzender

Tel. 0711 216-7915

E-Mail: Peter.Launer@stuttgart.de

Ursula Höschele, stv. Kreisvorsitzende

Tel. 0711 279-3019

E-Mail: Ursula.Hoeschele@mwk.bwl.de

Markus Flandi, stv. Kreisvorsitzender

Tel. 0711 123-3760

E-Mail: Flandi@sm.bwl.de

Kreisverband Tübingen

Kreisversammlung mit Kunstimpressionen

Auftakt zur diesjährigen Kreisversammlung war der gemeinsame Besuch der Ausstellung "Bordell und Boudoir - Schauplätze der Moderne" in der Tübinger Kunsthalle. Die von Götz Adriani konzipierte Ausstellung ist bundesweit die erste, die sich diesem Themenschwerpunkt widmet. Es wurden unter sachkundiger Führung eine Fülle von eindrucksvollen Hauptwerken sowie eine Reihe selten gezeigter Arbeiten von Cézanne, Degas, Toulouse-Lautrec und Picasso vorgestellt. Die Teilnehmer waren beeindruckt.

Zur anschließenden Kreisversammlung im Landgasthof Waldhäuser Hof begrüßte Kreisvorsitzender und Vorstandsmitglied Hans Reibold noch weitere Kolleginnen und Kollegen und den Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch. Er konnte berichten, dass die Verbandsarbeit mit dem neuen Verbandsvorsitzenden Wolfgang Steng und dem Vorstand gut angelaufen ist. Er selbst sei Sprecher des neuen Arbeitskreises Personalrätearbeit/LPVG, der in diesem Jahr wegen der anstehenden Personalratswahlen besondere Bedeutung erhalte. Personalrätearbeit sei für den Verband eine wichtige Basisarbeit. Personalräte des Verbandes vor Ort seien wichtige Bindeglieder zwischen den Mitgliedern in den Dienststellen und der Verbandsleitung. Er ermunterte alle Kolleginnen und Kollegen, dieses Aufgabenfeld des Verbandes durch eigene Kandidatur und durch Werbung und Mitarbeit zu unterstützen.

Nach dem Gedenken an die verstorbenen Kollegen und etwas Statistik ging er noch auf die Verwaltungsstrukturreform ein. In nur 15 Monaten ist dieses umfangreiche Reformprojekt für die Landesverwaltung umgesetzt worden. Durch Eingliederung zahlreicher unterer Sonderbehörden in die Landratsämter und der Landesober- und -mittelbehörden in die Regierungspräsidien wurde die Aufbauorganisation der Landesverwaltung in 3 Stufen gestrafft. Er zeigt sich überzeugt, dass sich die bei den Regierungspräsidien bewährte Bündelungsfunktion der verschiedenen Fach- und Entscheidungskompetenzen bei den neu strukturierten

Dienststellen bewähren werde. Im Zuge der Reform wurden ca. 12.000 Beschäftigte zu den Land- und Stadtkreisen und ca. 7.000 Beschäftigte zu den Regierungspräsidien umgesetzt. Trotz dieser Dimension ist die sozialverträgliche Umsetzung überwiegend gelungen, für die verbliebenen Härtefälle sei allerdings eine flexiblere Haltung und mehr Engagement der beteiligten Stellen notwendig. Die grundsätzlich positive Stellungnahme des Verbandes zur Verwaltungsreform sei richtig gewesen.

Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch berichtete aus der aktuellen Arbeit der Geschäftsstelle und sprach in weitem Bogen zahlreiche aktuelle beamten- und berufspolitische Fragen an. Er appellierte an die Berufskollegen, den Verband durch Werbung und Mitgliedschaft zu unterstützen. Es zeige sich immer mehr, dass nur eine starke Berufsvertretung in der Lage sei, weiteren Verschlechterungen im Besoldungs- und Statusgefüge entgegenzutreten. Das vom DBB maßgeblich mitentwickelte Eckpunktpapier für ein Reform des Beamtenrechts sei die richtige Strategie. In der Diskussion wurde diese Haltung von den Anwesenden grundsätzlich geteilt, auch wenn die befriedigende Lösung einiger offener Fragen wie z.B. das Beurteilungssystem angesprochen wurde. In der politischen Diskussion hierzu sei die deutliche Stellungnahme des ifo-Instituts München für das Beamtenverhältnis leider nicht ausreichend berücksichtigt worden. Der Verband werde hier weitere Aufklärungsarbeit leisten. Jedes Mitglied ist aufgerufen, sich in diesem Sinne in die öffentliche Diskussion einzuschalten.

Für langjährige Mitgliedschaft konnten folgende Mitglieder geehrt werden:

75 Jahre: Rudolf Bofinger, Tübingen

50 Jahre: Eugen Raisch, Tübingen; Erwin Strasser, Rottenburg; Karl Stipani, Rottenburg

40 Jahre: Jochen Großhans, Helmut Hampel, Hans-Peter Hasenmaile, Hans-Peter Welte, Manfred Bühler, Adam Grieg, Hartmut Groer, Albert Hahn, Klaus-Peter Hanser und Fritz Hirschmüller

25 Jahre: Wolfgang Fischer und Walter Lang

Harald Gentsch und Hans Reibold überreichten den anwesenden Jubilaren die Ehrenurkunden des Verbandes und einen guten Tropfen. Die Kreisversammlung klang in geselliger Runde aus.

Hans Reibold



v.l.n.r. Jochen Großhans, Hans Reibold, Hans-Peter Welte, Adam Grieg, Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch, Helmut Hampel, Hans-Peter Hasenmaile

Personalia

Helmut Groß - Vizepräsident des Städtetages



Unser Kollege Helmut Groß, Bürgermeister der Stadt Tengen seit 1973 bis heute (übrigens bei seiner letzten Wahl im Jahr 1999 erhielt er 99 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 54 % - sagenhaft!) und seit 1965 Mitglied in unserem Verband, wurde erneut zum Vizepräsidenten des Städtetages Baden-Württemberg gewählt. Wir freuen uns darüber und gratulieren von Herzen. Wir wünschen gute Entscheidungen.

Gerhard Groß hat die klassische Verwaltungslaufbahn des gehobenen Verwaltungsdienstes in Baden-Württemberg absolviert, einschließlich der damit verbundenen Karriere zum Bürgermeister bei uns in Baden-Württemberg.

1948 in Crailsheim geboren, war er nach der mittleren Reife Verwaltungskandidat in Blaufelden, Inspektorenwärter beim Landratsamt Crailsheim und besuchte dann die Staatliche Verwaltungsschule in Stuttgart. 1970 bestand er die Staatsprüfung und wurde bereits 1973 zum Bürgermeister von Tengen gewählt.

Tengen besteht aus neun ehemals selbstständigen Städten und Gemeinden und liegt direkt an der Schweizer Grenze. Dadurch gibt es ganz enge Verflechtungen in die Schweiz. Knapp 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden beispielsweise von Schweizer Landwirten bewirtschaftet. Das Abwasser von vier benachbarten Schweizer Gemeinden wird in Tengen gereinigt und nach deutschen Rechtsvorschriften in den Vorfluter abgeleitet. Das Regenwasser der Kläranlage wird ebenfalls vorbehandelt, fließt in denselben Vorfluter, aber nach Schweizer Rechtsvorschriften.

Und eine ganz besondere Geschichte: Tengen hat ein Fußballstadion, das seinesgleichen sucht. Die Außenlinie des Spielfeldes ist Bundesgrenze, die Zuschauer stehen in der Schweiz und schauen ein Fußballspiel in Deutschland an. Darüber hinaus darf auch

darauf hingewiesen werden, dass Tengen allemal einen Besuch wert ist - Anruf bei Kollege Helmut Groß genügt.

Hermann Saam feierte den 95. Geburtstag

Wenn man mit ihm telefoniert, drängt sich einem der Eindruck auf, man unterhält sich mit einem Kollegen, der 30 Jahre jünger ist: Hermann Saam, der Grandseigneur unter den Kollegen. Er durfte am 7. März 2005 seinen 95. Geburtstag feiern, und wir dürfen ihm im Namen aller Kolleginnen und Kollegen zu diesem großen Fest auf das Herzlichste gratulieren. Wir wünschen dem Jubilar noch weitere schöne und interessante Jahre in bester Gesundheit.



Vor zehn Jahren konnten wir ihn bereits ausführlich würdigen, aber nichts davon ist so gering, dass man es nicht wiederholen dürfte. Hermann Saam hat seine Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst im Jahr 1925 begonnen und im Jahr 1931 mit der Staatsprüfung an der Staatlichen Verwaltungsschule Stuttgart abgeschlossen. Bereits 1927 ist er in den damaligen Verein der Verwaltungsbeamten Württemberg eingetreten und hat ihm all die Jahre die Treue gehalten, nur unterbrochen durch die Zeit des "Dritten Reiches", in der unser Verband aufgelöst wurde. Er trat in den auswärtigen Dienst ein und war vor dem Krieg bei den Botschaften in Lissabon, Rio de Janeiro und Moskau eingesetzt. 1942 musste er in den Krieg ziehen, aus dem er 1945 als amerikanischer Kriegsgefangener entlassen wurde.

1946 übernahm er die Leitung des Kreiswirtschaftsamtes in Freudenstadt, und im Dezember 1948 wurde er dort zum Bürgermeister gewählt. Bis Hermann Saam sein Amt als Freudenstädter Bürgermeister im Jahr 1955 abgab, setzte er sich zielstrebig und diplomatisch für die Stadt ein. Er war maßgeblich an dem Wiederaufbau von Freudenstadt, dem "Wunder von Freudenstadt", beteiligt. Nach seinem Abschied aus Freudenstadt ging Hermann Saam wieder in den diplomatischen Dienst zurück und war dabei

vier Jahre lang deutscher Konsul in Ghana. Im Anschluss an seine Rückkehr nach Deutschland war er von 1959 bis 1974 Bürgermeister von Wildbad. Er wurde 1960 für die FDP in den Landtag gewählt, 1964 bis 1967 war er Landesvorsitzender der FDP, 1965 bis 1969 gehörte er als Abgeordneter der FDP dem Deutschen Bundestag an - wahrhaft eine aufregende und interessante Vita - und in all dieser Zeit ist er unserem Berufsverband und unserer Standesorganisation treu geblieben, trotz Auslandsaufenthalten, trotz Abgeordnetentätigkeiten im Land und Bund, trotz vielerlei anderweitiger Verpflichtungen und Anfechtungen. Das nötigt uns Respekt ab. Sein Verständnis und sein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum und damit zu unserem Verband ist vorbildlich und vor allen Dingen deshalb sind wir ihm dankbar.

Letzte Meldung:

Dr. Christian O. Steger wird Honorarprofessor

Der Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg, Dr. Christian O. Steger, ist am 8. April 2005 zum Honorarprofessor der Universität Stuttgart ernannt worden. Steger lehrt seit dem Wintersemester 1998/1999 am Institut für Sozialwissenschaften, Bereich Politikwissenschaft. Dr. Christian O. Steger gehört der Geschäftsführung des Gemeindetags seit 1977 an, zunächst als Beigeordneter. 1987 wurde der Jurist zum Hauptgeschäftsführer gewählt. Der Verband der Verwaltungsbeamten ist seit jeher dem Gemeindetag eng verbunden. Deshalb gratulieren wir dem neuen Professor sehr herzlich und freuen uns aufrichtig mit ihm über diese außergewöhnliche Ehrung.

Reinhold Steimer wurde 80 Jahre alt

Man nannte ihn den "Rebell von Neufra"; verzweifelt kämpften er, der Gemeinderat und die Bevölkerung damals zu Beginn der 70er Jahre für den Erhalt der Selbstständigkeit ihres Dorfes Neufra. Vergebens, denn am 1.1.1975 wurde Neufra in die große Kreisstadt Rottweil eingegliedert.

Am 25. Februar konnte Bürgermeister a.D. Reinhold Steimer seinen 80. Geburtstag feiern. Die Grüße und Glückwünsche der Stadt Rottweil überbrachte Bürgermeister Wolfgang Nessler. Groß war die Anteilnahme nicht nur der Familie, Freunde und Bekannten, sondern auch der Bevölkerung, der Kollegen und aller Neufraer Vereine. Am Vorabend seines Geburtstages brachten sie ihm vor seinem am Südhang gelegenen schmucken Haus, von dem er einen herrlichen Blick

auf sein Heimatdorf und weit ins Land hinaus hat, ein wohl gelungenes Ständchen. Dabei kam nochmals die Wertschätzung und Dankbarkeit eines ganzen Dorfes für seine 25-jährige Rathaustätigkeit als Bürgermeister und Ortsvorsteher eindrucksvoll zum Ausdruck. Er war ein Vollblut-Bürgermeister mit Leib und Seele und auch als Ortsvorsteher "Hansdampf" in allen Gassen.



Dabei war es ihm nicht in die Wiege gelegt, einmal im Heimatdorf Bürgermeister zu werden. Nach der Volksschule und einer kaufmännischen Lehre bei der renommierten Firma Dimmler in Rottweil, die durch die Einberufung zum Militär 1943 mit 18 Jahren jäh unterbrochen wurde und die er erst 1948 nach der Kriegsgefangenschaft fortsetzen konnte, gründete er 1954 eine Familie. Der Ehe mit seiner Frau Ingeborg entsprossen drei Töchter. Fünf Enkelkinder sind heute noch sein ganzer Stolz. Die goldene Hochzeit im Jahre 2004 war ein echtes Familienfest.

Als er 1965 für die Bürgermeisterwahl in Neufra den Hut in den Ring warf und auf Anhieb auch für acht Jahre gewählt wurde, hatte er zuvor 15 Jahre als selbstständiger Versicherungskaufmann gearbeitet. 1973 wurde er auf weitere 12 Jahre überzeugend in seinem Amt bestätigt. Es spricht für ihn, dass er die Flinte nicht ins Korn warf, sondern von 1975 bis 1990 noch als Ortsvorsteher sich voll für seine Gemeinde einbrachte. Und was wurde nicht alles in Neufra gemacht; vieles in Eigenleistung, wobei Bürgermeister, Gemeinderat und Vereine oft selbst mit Hand anlegten: Feldwegbau, Feuerwehrraum, Leichenhalle, Schulhaus, Kindergarten zusammen mit der Kirche, Baugeländeschließung, Turnhalle u.a. Die wichtigste kommunalpolitische Entscheidung aber war 1974 der Bau der Umgehungsstraße B 14 Rottweil - Tuttlingen, die für Neufra lebensnotwendig war und für die er sich restlos eingesetzt hatte. Auch Wasser und Abwasser sind durch die Mitgliedschaft in den entsprechenden Zweckverbänden Wasserversorgung Oberer Neckar bzw. Abwasserbeseitigung Primmatal gesichert.

Wahrlich eine große Lebensleistung, die Dank und Anerkennung verdient, was der Kreisvorsitzende unseres Verbandes Gustav

Kammerer bei seinem Besuch klar zum Ausdruck brachte. Er dankte ihm auch für seine mehrere Jahrzehnte währende Treue zum Verband der Verwaltungsbeamten. Die Kolleginnen und Kollegen des Kreisverbands, dessen Veranstaltungen er immer noch laufend besucht, wünschen ihrem Reinhold, der leider gesundheitlich angeschlagen ist, noch weitere gute und zufriedene Jahre im wohlverdienten Ruhestand, treu umsorgt von seiner Ehefrau Ingeborg. *Gustav Kammerer*

Gerhard Wittlinger 65 Jahre alt

Über zwanzig Jahre war er Kreisvorsitzender unseres Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg - Gerhard Wittlinger. Nun ist er 65 Jahre geworden und damit auch aus dem aktiven Dienst bei der Stadt Öhringen ausgeschieden.

Eigentlich wollte er Kapitän werden. Doch daraus ist nichts geworden. Auf Wunsch der Eltern machte er eine solide Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst - Beginn im Jahr 1956. "Langweilig" sei es ihm aber auch hier nie geworden, so seine Aussage anlässlich der Verabschiedung vor dem Gemeinderat von Öhringen in den Ruhestand. Bei der Stadt Öhringen war der Stadtratsrat im Wesentlichen für Liegenschaften, den Bäderbetrieb und den Wald zuständig, den er stets als sein Lieblingskind bezeichnete.



43 Jahre lang war er bei der Stadtverwaltung beschäftigt. Er ist ein ausgesprochener Naturfreund. So führte er auch 19 Jahre lang die Ortsgruppe des Schwäbischen Albvereins, deren Ehrevorsitzender er seit 2001 ist. Eines der zahlreichen Ehrenämter, die Kollege Gerhard Wittlinger bis heute ausübt. Als Beamter in der Stadt Öhringen, als aktives Verbandsmitglied war er vielen ein Vorbild, und wir sind stolz und dankbar, dass er so viele Jahre auch der verantwortlichen Verbandsarbeit im Landkreis gewidmet hat. Deshalb begleiten ihn unsere herzlichsten Glückwünsche zu seinem Geburtstag und die besten Wünsche für einen aktiv erlebten Ruhestand mit Wandern, Radfahren, Schwimmen, Lesen, Musik hören, Gärtnern und für Reisen mit seiner Frau Doris.

Seminare

Seminare 2005 des BBW

In Zusammenarbeit mit der DBB-Akademie führt der Beamtenbund Baden-Württemberg im Jahr 2005 folgende verbandsbezogene Bildungsveranstaltungen durch:

◆ **Dienst- und Versorgungsrecht:** Seminar B 156/05 vom 10. bis 12. Juli in Königswinter-Thomasberg. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Softwareschulung:** Seminar B 250/05 vom 16. bis 18. November in Königswinter-Thomasberg. In diesem Seminar wird Windows, Word, Excel, Outlook und PowerPoint geschult. Es handelt sich hierbei um einen Grundkurs (Anfängerkurs). Dabei wird auch die praktische Anwendung an Geräten trainiert. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Tarifpolitik:** Seminar B 260/05 vom 27. bis 29. November in Baiersbrunn. Dieses Seminar richtet sich vor allem an Kolleginnen und Kollegen, die sich für Arbeitnehmerfragen (Tarifrecht) interessieren. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

Für Seminare mit politischem Inhalt wird bei der Bundeszentrale für politische Bildung die Anerkennung als förderungswürdig im Sinne der Vorschriften über Sonderurlaub für Beamte und Richter im Bundesdienst beantragt, sodass auch Sonderurlaub nach den landesrechtlichen Vorschriften gewährt werden kann.

Alle Seminare sind auch für Nichtmitglieder offen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Nichtmitgliedern das Doppelte des ausgewiesenen Betrags.

Anmeldungen über die Geschäftsstelle des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg, Panoramastr. 27, 70174 Stuttgart, Tel. 0711 2263262, Fax 0711 2263280, E-Mail: info@vdbw.org.

Ehrlich unentbehrlich?

Vielerlei was zugesagt, was einem gefällt, auch nach dem Gebrauch man noch behält,

legt man zurück und bewahrt man auf. So ist es doch, so ist der Dinge Lauf.

Mit der Zeit jedoch fällt vieles, vieles an. Man sollte räumen, "misten", dann und wann.

Man rafft sich auf, doch allem Schwung stellt sich in den Weg manche Erinnerung.

So erscheint nach dem Gefühl, mal ehrlich, Entbehrliches plötzlich völlig unentbehrlich.

Und letztendlich dann, zum guten Schluss, streiten sich der Verdross und der Genuss.

Otto Raisch

Erwin Teufel ein Danke

Im Anschluss an eine Arbeitsbesprechung mit Ministerpräsident Erwin Teufel am 16. März 2005 im Landtag von Baden-Württemberg konnte sich der Verbandsvorsitzende Wolfgang Steng bei dem jahrzehntelangen Mitglied unseres Verbandes Erwin Teufel mit einer besonderen Aufmerksamkeit bedanken.

Er überreichte ihm eine Reproduktion des Gruppenbildes seines Hauptkurses 1960/1961 des 14. Lehrgangs in Haigerloch mit sämtlichen Unterschriften der seinerzeitigen Studentinnen und Studenten.



Mit Ministerpräsident Erwin Teufel freuten sich die Verbandsmitglieder (v.l.n.r.) Staatssekretär a.D. Wolfgang Rückert MdL, Oberbürgermeister a.D. Manfred List fr. MdL, Verbandsvorstandsmitglied Bürgermeister Roger Kehle, der Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg Heinrich Haasis fr. MdL, Verbandsvorsitzender 1. Beigeordneter Wolfgang Steng, Verbandsehrenvorsitzender Ministerialrat a.D. Rolf Wieser und stv. Verbandsvorsitzender Bürgermeister Jochen Müller (nicht auf dem Bild wegen eines wichtigen Redebeitrags in der Landtags-sitzung: unser Mitglied Klaus Hermann, MdL und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Landtags).

Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamte:

**KOMPETENT
VERANTWORTUNGSBEWUSST
ZUKUNFTSORIENTIERT**

Namen

Wir heißen folgende neue Mitglieder willkommen:

Dietlinde Eckardt, Regierungsrätin beim Regierungspräsidium Tübingen

Traugott Hauser, Bürgermeister der Gemeinde Riethelm-Weilheim

Dietmar Ißler, Stadtoberamtsrat bei der Stadt Weinstadt

Zisa Klausmann, Regierungsinspektor-anwärterin bei der Stadt Emmendingen

Dominik Kiesewetter, Regierungsinspektor-anwärter bei der Gemeinde Efringen-Kirchen

Jutta Pagel, Geschäftsführerin des Landesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte Baden-Württemberg e.V.

Alfred Pradel, Bürgermeister der Gemeinde Dürbheim

Jürgen Schmid, Persönlicher Referent des Präsidenten des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg

Mirjam Schoch, Regierungsinspektor-anwärterin beim Landratsamt Karlsruhe

Hans Stradinger, Stadtverwaltungsdirektor bei der Landeshauptstadt Stuttgart

Sonja Trautner, Regierungsinspektor-anwärterin bei der Gemeinde Wannweil

Ernannt und befördert wurden:

Peter Beuttler zum Verwaltungsdirektor beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg

Thomas Englert zum Stadtoberinspektor bei der Stadt Stutensee

Dieter Girrback zum Oberverwaltungsrat beim Zweckverband Pattonville/Sonnenberg

Andreas Heidinger zum Oberregierungsrat bei der Berufsakademie Villingen-Schwenningen

Birgit Jauch zur Stadtamtfrau bei der Landeshauptstadt Stuttgart

Bernd Rieger zum Amtsrat beim Landesinstitut für Schulentwicklung Baden-Württemberg

Achim K. Walter zum Regierungsamt-mann beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg

Herzlichen Glückwunsch!

Gewählt wurden:

Reiner Dehmelt zum Bürgermeister der Gemeinde Hügelsheim - WW

Robert Fischer zum Beigeordneten der Gemeinde Kreßberg - WW

Wolfgang Hofer zum Bürgermeister der Gemeinde Essingen - WW

Walter Klein zum Bürgermeister der Gemeinde Reilingen - WW

Wolfgang Oechsle zum Bürgermeister der Gemeinde Remchingen - WW

Herzlichen Glückwunsch!

In den Ruhestand traten:

Wolfgang Amann, Stadtoberamtsrat bei der Stadt Geislingen

Monika Brendle, Stadtoberamtsrätin bei der Stadt Neckarsulm

Volker Elsässer, Stadtoberamtsrat bei der Landeshauptstadt Stuttgart

Jörg Rücker, Ministerialrat beim Innenministerium Baden-Württemberg

Walter Schmitt, Erster Bürgermeister der Stadt Backnang

Hans-Joachim Sobott, Kreisamtsrat beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis

Gisela Wedemeyer-Schönle, Sozialamtfrau bei der Münsterklinik Zwiefalten

Gerhard Wittlinger, Stadtratsrat bei der Stadt Öhringen

Wir wünschen den Kollegen einen gesunden und aktiven Ruhestand.

Gestorben sind:

Kurt Eberhard, Amtsrat a.D., Ötisheim

Siegfried Frank, Oberamtsrat a.D., Künzelsau

Klaus Handel, Bürgermeister a.D., Bad Rappenau

Eugen Helber, Amtsrat a.D., Vaihingen

Elmar Hosch, Oberamtsrat a.D., Weingarten

Wilhelm Kieninger, Verwaltungsrat a.D., Ludwigsburg

Erwin Kölle, Bürgermeister a.D., Mössingen

Paul Ruopp, Oberamtsrat a.D., Waiblingen

Walter Schäfer, Stadtverwaltungsdirektor a.D., Sindelfingen

Berthold Schroth, Oberamtsrat a.D., Waldbronn

Hans Weizenegger, Verwaltungsdirektor a.D., Wernau

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Bücher

Brockhaus-Enzyklopädie - Jahrbuch 2004

rd. 700 Stichwörter, ca. 400 Abbildungen, ca. 300 Grafiken und Karten, 400 Seiten, gebunden, 17 x 24 cm, 56 €

Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, Mannheim

Wer gefragt wird, was eigentlich im letzten Jahr passiert ist, kann sich oft kaum erinnern. Und das, obwohl die Ereignisse nur einige Monate zurückliegen. Wer sich also einen Überblick über die jüngste Vergangenheit verschaffen möchte, dem hilft das Brockhaus-Jahrbuch 2004. Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn weitere Mitgliedsländer, der überraschende Sieg der griechischen National-elf bei der Fußball-Europameisterschaft in Portugal, der Tod Jasir Arafats, der Präsidentschaftswahlkampf in den USA oder die Flutkatastrophe in Südasien: Auch in seinem zwölften Jahrgang berichtet das Jahrbuch zur Brock-

haus-Enzyklopädie von Ereignissen, Personen und Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft Kultur und Sport, die im vergangenen Jahr Schlagzeilen machten.

Neu an dieser Auflage ist die Ausweitung der Essays. 16 doppelseitige Beiträge namhafter Experten der ZEIT-Redaktion spiegeln die Themen des Jahres wider. Joachim Fritz-Vannahme beschäftigt sich mit Perspektiven und Problemen der EU-Erweiterung. Vorgänge im Irak, die die Weltöffentlichkeit alarmierten, waren der Anlass für den Essay von Martin Klingst zum Thema Folter. Uwe Jean Heuser untersucht in seinem Beitrag die Arbeitsmarktreformen unter dem Stichwort Hartz IV und Hanno Rauterberg spürt dem MoMA-Fieber in Berlin nach. Ebenfalls neu ist die 16-seitige Fotostrecke "Bilder des Jahres" mit beeindruckenden Momentaufnahmen, zum Beispiel vom Aufsetzen der Turmhaube auf die Dresdner Frauenkirche oder von einem senegalesischen Jungen in einem Heuschreckenschwärm.

Der Lexikonteil von A bis Z mit Redaktionsstand vom Januar 2005 präsentiert in modernisiertem Layout rund 700 Artikel mit zahlreichen Kurzbiografien sowie gesellschaftliche, kulturelle, politische und wirtschaftliche Entwicklungen und aktuelle Schlagwörter. Chroniken zu Sport und Kultur, z. B. zu den Fernsehpreisen 2004 in Deutschland, sowie zu Katastrophen und Unglücksfällen runden das Jahrbuch ab. Das Seebeben in Südasien ist mit dem Stichworteintrag "Tsunami" und in der Übersichtschronik erwähnt.

Eine Weltchronik im hinteren Teil des Bandes führt in knapper Form die wichtigsten Ereignisse Tag für Tag auf. Die klare und übersichtliche Darstellung sowie der Nekrolog und das ausführliche Personenregister im Anhang ermöglichen es dem Leser, die gesuchten Informationen schnell aufzufinden.

Für alle, die am aktuellen Zeitgeschehen interessiert sind und sich gerne noch einmal die wichtigsten Stationen der vergangenen zwölf Monate vergegenwärtigen wollen, ist das Jahrbuch 2004 ein kurzweiliger Abriss der jüngsten Geschichte. Und für alle Besitzer der Brockhaus-Enzyklopädie stellt das Jahrbuch natürlich die aktuelle Ergänzung zu ihrem Grundwerk dar.

Der Testamentsvollstrecker nach bürgerlichem, Handels- und Steuerrecht

Dr. Karl Winkler

17., aktualisierte Auflage, 416 Seiten, Softcover, gebunden, 49,90 €
Walhalla-Fachverlag, Berlin

Das Werk bietet präzise und zuverlässige Entscheidungshilfen zu allen wesentlichen Rechtsfragen der Testamentsvollstreckung: Verwalter- und Verfügungsrechte, Rechtsbeziehungen zu den Erben und Vermächtnisnehmern, Stellung gegenüber Nachlassgericht und Finanzbehörden, Vergütungsanspruch (mit Vergütungstabellen in Euro), steuerliche Auswirkungen der Testamentsvollstreckung.

Eine umfangreiche, systematische Muster-sammlung liefert dem Testamentsvollstrecker sowie dem Nachlassgericht wertvolle, auf ver-

schiedene Fallkonstellationen zugeschnittene Formulierungsvorschläge. Der Erblasser erfährt, ob und in welchem Umfang er für seinen Nachlass Testamentsvollstreckung anordnen soll und wie er diese Anordnung zu treffen hat. Ebenfalls berücksichtigt sind die geschäftsmäßige Übernahme von Testamentsvollstreckertätigkeit durch Steuerberater sowie die Ausübung von Rechten aus Lebensversicherungen. Zudem enthält das Werk die neuen Empfehlungen des deutschen Notarvereins zur Testamentsvollstreckungsvergütung.

Eine ausgezeichnete Arbeits- und Entscheidungshilfe für Notare, Rechtsanwälte, Richter und Rechtspfleger sowie für jeden Testamentsvollstrecker ohne juristische Vorbildung und Erblasser, die Testamentsvollstreckung anordnen.

Buchbesprechung

Maximen der Lebenskunst

Fred Endres

2004, 132 Seiten, Paperback, 10 €
Books on Demand, Norderstedt

Der Autor, den wir schon von den "Maximen der Liebe" und den "Maximen der Nähe" sowie von anderen Publikationen her kennen, krönt seine Impulse zu einem erfüllteren Leben nun mit dem Band "Maximen der Lebenskunst". Mit einer außergewöhnlichen Sensibilität greift Fred Endres 55 Stichwörter auf, die für unser Leben bedeutsam sind, und gibt uns mit flott geschriebenen Texten helfende Inspirationen.

Da ich nicht mehr der Jüngste bin, habe ich z. B. gleich den Begriff "Alter" aufgeschnappt und begierig gelesen. Bei der Lektüre kam ich rasch zum Schmunzeln. Die ohne jeden moralisierenden Fingerzeig gegebenen Ratschläge und Hinweise führen zu ermutigendem Nachdenken und machen Lust auf die weitere Lektüre. Obwohl man das Buch auch ohne Langeweile in einem Zug lesen kann, empfiehlt es sich eher, immer wieder einen der von Fred Endres ausgewählten Schlüsselbegriffe näher zu betrachten und darüber zu meditieren. Für die Kontemplation sind die Zitate von Philosophen, Dichtern und Künstlern, die vom Autor zu jedem Schlüsselbegriff passend ausgesucht wurden, wertvolle Anstöße.

Insgesamt ergibt sich aus der Lektüre dieser Neuerscheinung in der Welt der Literatur eine optimistische Lebenssicht. Der Autor wirkt sehr authentisch. Man kann ihn ohne Mühe als Lebenskünstler ansehen. Deshalb gelingt es ihm auch so gut, seine Lebensfreude auf die Leserinnen und Leser zu übertragen.

Das Buch erhebt nicht den Anspruch, ein erhellender Beitrag zur wissenschaftlichen Erleuchtung der Welt zu sein. Sein Vorteil liegt gerade darin, dass es eher unser Herz als unseren Verstand anspricht und als praktische Lebenshilfe angesehen werden kann.

Siegfried Schiele

(Dr. h.c. Siegfried Schiele, geb. 1939, war über 28 Jahre lang Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Zuvor war er Professor am Seminar für Studienreferendare in Tübingen.)

Arbeitskreise im Verband gebildet

Arbeitskreis Personalräte

Als erster der vom Vorstandsvorstand gebildeten Arbeitskreise nahm der Arbeitskreis "Personalrätearbeit, Personalvertretungsgesetz" seine Arbeit auf. Die Mitglieder zeigen sich vor dem Gebäude Panoramastr. 27 in Stuttgart, das die Geschäftsstelle des Verbandes beherbergt.

Arbeitskreis Personalrätearbeit in den Startlöchern

Die im Verband organisierten Personalräte haben sich kürzlich in der Geschäftsstelle zu einer ersten Sitzung des vom Vorstand gebildeten Arbeitskreises "Personalrätearbeit LPVG" getroffen. Themen waren neben aktuellen Fragen aus der Personalratsarbeit auch die Vorbereitung der Personalratswahlen Ende November dieses Jahres. Bei dem konstruktiven Gedankenaustausch bestand Einvernehmen, dass eine aktive Personalratsarbeit in den Dienststellen für die Außenwirkung unseres Verbandes sehr wichtig ist. Der VdV will mit Fachkompetenz und wirkungsvoller Vertretung der Belange der Beschäftigten überzeugen.

Verbandsarbeit und Personalratsarbeit verfolgen häufig die gleichen Ziele. An der Unterstützung der Mitglieder bei Beratungs- und Rechtsschutzfällen sind regelmäßig auch Personalräte beteiligt. Die geplanten Personalratswahlen werden erstmals in den nach der Verwaltungsreform neu strukturierten Kommunal- und Landesdienststellen durchgeführt. Der Verband ist hier auf die konstruktive Unterstützung seiner Mitglieder angewiesen.

Hans Reibold



Das Bild zeigt in der ersten Reihe: Kollege Uli Lange aus Bretten, Kollegin Heidrun Bay aus Neuffen, den Sprecher Kollege Hans Reibold aus Gomaringen. In der zweiten Reihe: Kollege Peter Launer aus Stuttgart, Kollege Dieter Marschall aus Karlsruhe, Kollege Reinhold Nied aus Bietigheim-Bissingen und in der dritten Reihe: Kollege Emil Imhof aus Bruchsal (nicht auf dem Bild das Arbeitskreismitglied Kollegin Margot Thoma aus Waldbronn)

Die Arbeitskreise des Verbandes:

1. Arbeitskreis

Ausbildung und Zukunftsperspektiven für den gehobenen Dienst
Sprecher: stv. Verbandsvorsitzender Bürgermeister Jochen Müller

2. Arbeitskreis

Personalrätearbeit/Landespersonalvertretungsgesetz
Sprecher: stv. Verbandsvorsitzender Regierungsdirektor Hans Reibold

3. Arbeitskreis

Zukunftsperspektiven für den mittleren Dienst
Sprecherin: Vorstandsvorstandsmitglied Kreisobersekretärin Heidrun Bay

4. Arbeitskreis

Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht
Sprecher: Bezirksvorsitzender Tübingen Bürgermeister a.D. Prof. Rudolf Forcher

5. Arbeitskreis

Finanz- und Beitragsfragen
Sprecher: Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch

6. Arbeitskreis

Öffentlichkeitsarbeit
Sprecherin: Vorstandsvorstandsmitglied Stadträtin Birgit Baumann

7. Arbeitskreis

Organisation/EDV/Strukturfragen
Sprecher: Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch

Achtung! Personalratswahlen im Herbst

Wir bitten alle Verbandsmitglieder, die sich gerne für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen und damit auch für die Belange des Dienstherrn einsetzen, sich für eine Kandidatur bei den im Herbst anstehenden Personalratswahlen zur Verfügung zu stellen.

Wir bitten unsere interessierten Mitglieder dringend, sich an den Arbeitskreisen zu beteiligen und fordern sie daher zur aktiven Mitarbeit auf.

Bitte setzen Sie sich mit unserem Geschäftsführer, Herrn Harald Gentsch in der Geschäftsstelle Panoramastr. 27, 70174 Stuttgart, in Verbindung.

Telefon 0711 2263262,

Telefax 0711 2263280,

E-Mail: info@vdv-bw.org

Wir sind für jede Unterstützung dankbar.